Nr. 117. Freitag, den 23. Mai 1890. 7. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal.
(Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr
beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3—7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Eine interessante Gewerbe-Statistik.

In den meisten Industrieländern Europa's weist zur Zeit das Handwerk trotz des Aufschwunges der Industrie noch immer eine bedeutende numerische Stärke auf und die Zunahme der Zahl der Handwerker hat im Allgemeinen mit der Vermehrung der Bevölkerung gleichen Schritt gehalten. Etwas anderes ist es freilich mit der wirthschaftlichen Bedeutung des Handwerks, die unter der industriellen Entwicklung stark gelitten hat und noch immer mehr herabgedrückt wird.

In Basel ist unlängst eine statistische Untersuchung über das Verhältniß des Gewerbes zur Bevölkerung und über die Entwicklung des Gewerbes selbst seit 1779 vorgenommen und das Resultat derselben veröffentlicht worden. Darnach betrug in der Stadt Basel die Zahl der Meister in folgenden Handwerken:

	1779	1815	1837	1847	1860	1870	1888
Bäcker	52	66	76	67	72	92	91
Metzger	70	68	93	87	53	69	72
Schlosser	22	22	23	24	37	36	53
Schneider	77	99	69	67	99	121	176
Schuhmacher	108	100	83	88	117	164	312
Schreiner	30	37	46	61	91	102	176

Auf einen Meister jedes Handwerks entfallen im Durchschnitt Einwohner:

Handwerke:	1779	1815	1837	1847	1860	1870	1888
Bäcker	290	253	292	385	526	480	767
Metzger	215	245	239	296	715	640	970
Schlosser	682	758	965	1074	1025	1226	1313
Schneider	195	168	322	385	479	365	397
Schuhmacher	140	167	267	293	324	269	224
Schreiner	500	450	482	423	416	432	397

Im Durchschnitt ist somit das Zahlenverhältniß der selbständigen Handwerksbetriebe zur städtischen Bevölkerung im Verlaufe des letzten Jahrhunderts immer günstiger geworden, d. h. es hat sich die Zahl der Konsumenten, welche im Durchschnitt auf einen Meister kommen, trotz aller Schwankungen vermehrt. Eine Ausnahme bilden nur die Schreiner. Die Schuhmacher wiesen 1888 allerdings noch mehr Meister auf als 1779, hingegen ist die Zahl seit 1860 von 324 auf 224, also um ein volles Hundert zurückgegangen.

Eine bedeutende Verschiebung weist auch das Zahlenverhältniß der Arbeiter zu den Meistern auf. Leider vermissen wir hier Spezialangaben, an deren Stelle eine allgemeine Durchschnittsrechnung geboten wird, die jedoch ebenfalls geeignet ist, einiges Licht hierüber zu verbreiten. Es entfielen auf je 100 Meister 1837: 173, 1847: 192, 1860: 303, 1870: 221 und 1888: 185 Gehilfen und Lehrlinge. Nach diesen Angaben gestaltete sich das Verhältniß bis 1860 günstig, von da ab weist es einen beständigen Niedergang auf, der 1888 fast wieder die niedrige Ziffer von 1837 erreicht.

Hierin zeigt sich wohl die Wirksamkeit des industriellen Moments. Die große Zahl der Kleinhandwerker arbeitet allein, eine weitere größere Zahl derselben mit nur einem Gehilfen; diejenigen Kleinbetriebe, die 5 bis 10 Arbeiter beschäftigen, bilden einen kleinen Prozentsatz des gesammten Handwerkerstandes. Betriebe, die mehr als zehn Arbeiter beschäftigen, werden in der Regel nicht mehr handwerksmäßig geführt, sondern es zeigen dieselben mehr oder weniger den industriellen Charakter in Form von maschinellen Einrichtungen, Arbeitstheilung 2c. In Bezug auf die wirthschaftliche Bedeutung weisen Handwerk und Industrie rücksichtlich der Zahl der Geschäftsinhaber das umgekehrte Verhältniß auf. Die kleine Anzahl Fabrikanten produzirt mit einer verhältnißmäßig kleinen Anzahl Arbeiter ebenso viel, oder noch mehr Waaren, als die große Zahl Handwerker mit ihrer großen Zahl beschäftigter Arbeiter. So z. B. wird in Deutschland angenommen, daß zirka ein Fünftel (ungefähr 20 000) der Schuhmachergehilfen in den Fabriken beschäftigt ist; da mit Hilfe der Arbeitstheilung und der Maschine schon heute ein Fabrikschuhmacher 5 bis 6 Mal so viel erzeugt, wie ein im Handwerk beschäftigter Schuhmachergehilfe, so dürften die 20 pCt. Fabrikschuhmacher das gleiche Quantum Schuhwaaren oder noch darüber erzeugen, wie die 80 pCt. Gehilfen. Zur Würdigung der wirthschaftlichen Bedeutung des Gewerbes einerseits und der Industrie andererseits ist es unerläßlich, den Antheil der beiden Produktionskategorien an der speziellen nationalen Waarenerzeugung genau oder annähernd festzustellen. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet hat für die nationale Produktion eine neu errichtete Schuhfabrik mit 100 Arbeitern wohl die gleiche wirthschaftliche Wichtigkeit wie 500 neu etablirte handwerksmäßige Alleinbetriebe.

Wir anerkennen die bedeutsame Stellung des der Zahl nach starken Handwerks im ökonomischen Leben vollauf an, aber wir übersehen dabei nicht, daß es mit ihm beständig niedergeht und daß es nicht vermag, sich gegenüber der siegreich vorwärts dringenden Industrie zu behaupten. Die große Zahl der Gewerbetreibenden täuscht uns nicht über ihre sehr beschränkte und begrenzte Produktion hinweg, die unabläßig noch mehr verringert wird. Uebrigens halten wir uns überzeugt, daß nach und nach auch die numerische Stärke der Handwerker Einbuße erleiden und sie auch in dieser Richtung empfindliche Schwächung erfahren werden. Ob bis dahin, wenn die heutige kapitalistische Produktionsform durch eine andere ersetzt werden wird, das Handwerk noch eine größere oder kleinere Zahl Angehörige besitzt oder überhaupt noch existirt, vermögen wir freilich nicht zu sagen. Sei aber dem wie immer, das Handwerk dürfte bei Einführung einer neuen Produktionsform auf keinen Fall eine fühlbare Schwierigkeit bieten.

Politische Uebersicht.

Ihrem Schmerz über den Fortfall des Sozialistengesetzes giebt die „Köln. Ztg.“ bei jeder Gelegenheit Ausdruck. So sagt sie gelegentlich einer Besprechung der im Schooße der deutschfreisinnigen Fraktion vorhandenen Gegensätze: „Die deutschfreisinnige Partei fühlt das Bedürfniß, zu den nationalen Interessen und ihren berufenen Vertretern in ein naturgemäßeres Verhältniß zu kommen. Sie erträumt deshalb zwischen den neuen und den alten Männern einen Gegensatz, der ihr diesen Frontwechsel erleichtert. Bedauerliche und von allen einsichtigen bürgerlichen Kreisen einmüthig verurtheilte Regierungsentschließungen, wie der Verzicht auf das Sozialistengesetz, haben ihr diese Taktik, der Regierung eine schwächliche Hinneigung zum Deutschfreisinn, eine Abwendung von dem System Bismarck anzudichten, erleichtert.“ — Die „Köln. Ztg.“ sollte sich doch allmälig beruhigen. Die Regierung ist wahrhaftig klüger berathen, als die „einsichtigen bürgerlichen Kreise“, wenn sie auf das Sozialistengesetz verzichtet.

Ueber nicht genügende Wahrung der Unternehmerinteressen in den Arbeiterschutzgesetz-Debatten des Reichstages beklagt sich die „Leipziger Zeitung“. Sie findet, daß „für den Schutz der Arbeitgeber gegen Mißbrauch des Koalitionsrechtes“ Niemand eingetreten sei, als „der deutschkonservative Redner“ (Hartmann). Und Herr v. Stumm? Als Trost bleibt dem schmerzbewegten Organ der sächsischen Regierung nur folgende Drohung übrig:

„Wenn für solche Thatsachen (der häufige sog. Kontraktbruch bei Streiks ist gemeint) der Liberalismus aller Schattirungen, die Sozialdemokratie und das Zentrum nur Redensarten zur Verfügung haben, so mögen sich die Arbeiter nicht wundern, wenn die Arbeitgeber sich in Ermangelung gesetzlichen Schutzes künftig selbst zu schützen suchen. Nur wird dieser Schutz für die Arbeiter empfindlicher ausfallen, als der gesetzliche, den ihnen angeblich „arbeiterfreundliche“ Parteien versagen, und er wird, fürchten wir, nicht immer so gehandhabt werden, daß er, wie es die Regierungsvorlage beabsichtigt, nur die Schuldigen trifft. Die öffentlichen Hetzer werden straflos ausgehen und die Verhetzten werden durch Verdienstlosigkeit büßen müssen. Wie so häufig, wird daher der Liberalismus auch diesmal wieder am meisten denjenigen schaden, denen er nützen wollte.“

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [89

„Zum Glück der Damen.“

Roman von Emile Zola.

Autorisirte Uebersetzung von Armin Schwarz.

Diese schien wie aus einem Traum zu erwachen, sie erwiderte ihre Küsse, ohne ein Wort zu finden. Die beiden Frauen küßten dann Pepe, der seine Aermchen ausgestreckt hatte und die Versöhnung war vollständig.

— Wohlan, es ist 6 Uhr, gehen wir zu Tisch, sagte Baudu; Warum hast Du Jean nicht mitgebracht?

— Er hätte mitkommen sollen, murmelte Denise verlegen, ich habe ihn heute Morgens gesprochen und er hat zugesagt. Wir brauchen indessen auf ihn nicht zu warten, sein Patron wird ihn zurückgehalten haben.

Baudu wandte sich jetzt nach dem dunkeln Hintergrunde des Ladens und sagte:

— Kommen Sie, Colomban, Sie können gleichzeitig mit uns essen, es wird ja Niemand kommen.

Denise hatte den Kommis gar nicht bemerkt.

Die Tante erklärte ihr jetzt, daß sie den anderen Verkäufer und das Fräulein entlassen hatten müssen. Die Geschäfte gingen so schlecht, daß Colomban allein genügte, auch er verbringe ganze Stunden, ohne etwas zu thun zu haben.

In dem kleinen Speisezimmer brannte das Gas, obgleich man im Sommer war. Es fröstelte Denise, als sie eintrat, von der Frische, welche von den Wänden auszuströmen schien. Sie fand den nämlichen runden Tisch wieder, die Gedecke auf der Wachsleinwand, das nämliche kleine Fenster, welches Licht und Luft aus dem unsauberen kleinen Hof empfing.

Und es dünkte ihr, als hätten auch alle diese Dinge ein kümmerlicheres Aussehen angenommen gleich dem Laden.

— Vater, fragte Genevieve aus Rücksicht für Denise, soll ich das Fenster schließen? Es kommt ein übler Geruch aus dem Hofe.

Er roch nichts und blickte seine Tochter überrascht an.

— Schließe das Fenster, wenn Du willst, sagte er; aber es wird uns an frischer Luft mangeln.

In der That erstickte man schier in dem Zimmer. Es war ein einfaches Familiendiner. Nach der Suppe begann der Onkel „von den Leuten da drüben“ zu reden. Anfangs zeigte er sich sehr geduldig und gestattete seiner Nichte eine abweichende Meinung.

— Mein Gott, Du bist ja frei und darfst diesem Hause die großen Schabraken halten. Jeder hat seine Idee, meine Tochter . . . Nachdem es Dich nicht mit Widerwillen erfüllt hat, vor die Thür gesetzt zu werden, mußt Du wohl Deine gewichtigen Gründe haben, diese Leute zu lieben und wenn Du zu ihnen zurückkehrst, so grolle ich Dir nicht im Geringsten darüber. Und Niemand von uns, nicht wahr?

— O nein, flüsterte Madame Baudu.

Denise sagte ruhig ihre Meinung her, wie sie sie bei Robineau hergesagt hatte; sie sprach von der natürlichen Entwickelung des Handels, von den Anforderungen unserer Zeit, von der Größe dieser neuen Schöpfungen, von dem wachsenden Wohlstande des Publikums. Baudu hörte ihr erstaunt zu, und als sie geendigt, sagte er kopfschüttelnd:

— All dies ist Phantasmagorie. Der Handel ist der Handel; dabei bleibt's. Ich gebe zu, daß sie reussiren, weiter nichts. Ich glaubte lange Zeit, daß sie die Hälse brechen werden und wartete geduldig darauf. Nun wohl: es scheint, daß heutzutage die Diebe sich Vermögen machen, während die ehrlichen Leute elendiglich verkümmern. Ja, soweit sind wir gekommen, daß ich mich vor den Thatsachen beugen muß! Und ich beuge mich! Mein Gott, ich beuge mich! . . .

Eine innere Wuth war allmälig in ihm erwacht. Er schwang die Gabel und rief:

— Aber ich bleibe auf meinem Posten bis zum letzten Athemzuge! Niemals wird das „alte Elbeuf“ eine Konzession machen; es kann an Altersschwäche sterben, es wird mir eine Freude sein, mit ihm zugleich unterzugehen! Ich habe Bourras gesagt: „Nachbar, Sie paktiren mit den Charlatanen! Ihre Anstreichereien und Ausbesserungen sind eine Schande!“

— So iß doch! sagte Madame Baudu, die besorgt wurde, als sie ihn sich dermaßen aufregen sah.

— Ich will, daß meine Nichte meine Losung kenne! rief er. Ich rühre mich so wenig von meinem Platze als diese Wasserflasche. Mögen sie reussiren: ich bleibe da als Protest!

Die Magd brachte jetzt ein Stück Kalbsbraten. Er zerlegte es mit seinen zitternden Händen, aber er hatte nicht mehr den sichern Blick, mit welchem er die einzelnen Portionen abwog. Das Bewußtsein seines Niederganges benahm ihm seine frühere Sicherheit eines respektirten Patrons. Es war ihm, wie er gesagt, nur eine Kraft geblieben: die Kraft, an seinen Ideen hartnäckig festzuhalten, den Fall seines Hauses abzuwarten und keinen Schritt nach rechts oder links zu

Die angedrohte Waffe ist für die Unternehmer zweischneidig genug, zumal wenn die Arbeiter, wie es bereits geschieht, sich auch auf den Kampf gegen Unternehmerkoalitionen einrichten.

Die prinzipiell ablehnende Haltung, welche die Sozialdemokraten der neuen Militärvorlage gegenüber einnehmen mußten, hat, wenn es dessen überhaupt noch bedurft hätte, durch den bisherigen Verlauf der Kommissionssitzungen nach jeder Richtung die vollste Rechtfertigung gefunden. Wie aus den Auslassungen und Geständnissen des Kriegsministers und seiner militärischen Kollegen hervorgeht, handelt es sich um eine großartige, durchgreifende Reorganisation der Armee auf breiterer Basis als bisher. Die Unzulänglichkeit des Militarismus ist jetzt offenbar; im Rahmen des stehenden Heeres können nicht die für den „Krieg der Zukunft" erforderlichen Massen untergebracht werden. Es ist nothwendig, die Idee der allgemeinen Wehrhaftigkeit, d. h. der allgemeinen Volksbewaffnung durchzuführen.

Dies geht aber nicht auf dem Boden des Militarismus. Nur die allgemeine Volksbewaffnung kann die erforderlichen Massen für die Vertheidigung liefern, dann ist es aber auch vorbei mit dem Militarismus.

Jeder Versuch, den Militarismus mit der allgemeinen Wehrhaftigkeit zu verbinden, kann nur ein unendlich kostspieliges Provisorium zur Folge haben, ohne daß der beabsichtigte Zweck erreicht wird.

Also Bruch mit dem System des Militarismus.

Seine Steifleinenen hat Herr Max Hirsch, der jetzt nach seinem letzten Auftreten im Parlament beinahe anfängt, ein großer Mann zu werden, wieder einmal aufmarschiren lassen. Die Gewerkvereine der Niederlausitz haben nämlich am Sonntag einen Delegirtentag in Kottbus abgehalten (wie viel Mitglieder vertreten waren, wird leider verschwiegen) und dabei einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Wir halten fest an den bewährten Grundsätzen der deutschen Gewerkvereine, daß die Arbeitsverhältnisse unmündiger und weiblicher Arbeiter durch die Gesetzgebung geschützt werden müssen, daß aber die Regelung von Arbeitszeit und Arbeitslohn erwachsener Arbeiter Sache der Arbeiterorganisationen bleiben muß. Wir weisen daher jede Einmischung der Gesetzgebung in die Arbeitsverhältnisse erwachsener Arbeiter energisch zurück, verlangen dafür aber die gesetzliche Anerkennung der Berufsgenossenschaften der Arbeiter." — Es muß auch solche Käuze geben!

Zur Einigkeit im deutschfreisinnigen Lager. Die gewöhnlich gut informirte „Köln. Volksztg." veröffentlicht folgendes Berliner Telegramm: „Die Nichtwiederwahl Eugen Richter's zum Vorsitzenden des engern Parteiausschusses wird auf persönliche und taktische Gründe zurückgeführt und als Vorläufer einer neuen Sezession betrachtet, wenn die Vermittelungsversuche, welche im Gange sind, scheitern. Als Gegner Richters werden genannt: Rickert, Hänel, Barth, Brömel, Schrader. Die frühern Sezessionisten beherrschen die Ausschüsse, während Richter zweifellos über die Mehrheit der Fraktion verfügt. Man spricht auch von politischen Meinungsverschiedenheiten." — Auch das Organ Richters, die „Freis. Ztg." äußert sich sehr bitter über die Nichtwiederwahl Eugens. Am Schluß eines längeren Artikels sagt sie: Seine Nichtwiederwahl als Vorsitzender bedeutet die Entfernung nicht aus einer Arbeitsstellung, aber allerdings aus einer Ehrenstellung der Partei, dem einzigen Amt eines Vorsitzenden, welches Abg. Richter in der freisinnigen Partei bisher bekleidet hat. Ob diese von sechs Abgeordneten bewirkte Entfernung aus dem Amt den Wünschen der Gesammtpartei entsprochen hat, steht dahin."

Der Abschluß des neuen Niederlassungs-Vertrages mit der Schweiz ist nach offiziöser Mittheilung der „Politischen Korrespondenz" aus Berlin noch vor dem Ablauf des geltenden Vertrages, also vor dem 20. Juni, mit Sicherheit zu erwarten.

Die vom Reichs-Versicherungsamte ausgearbeitete Statistik für das Jahr 1887 gewährt unter anderem auch einen Einblick in die Vertheilung der der Unfallversicherung unterliegenden gewerblichen Betriebe und der in diesen beschäftigten Personen auf die einzelnen Bundesstaaten. Von den Betrieben entfielen, wenn nur diejenigen Bundesstaaten in Betracht gezogen werden, welche mehr als 5000 derselben umfaßten, auf Preußen 55,77 pCt., auf Bayern 11,85 pCt., auf Sachsen 8,72 pCt., auf Württemberg 4,60 pCt, auf Baden 4,12 pCt., auf Hessen 2,85 pCt. und auf Elsaß-Lothringen 2,10 pCt. Etwas anders gestaltet sich das Verhältniß, wenn man die Versichertenzahl auf die Staaten vertheilt. Danach kamen auf folgende Bundesstaaten mehr als 50 000 Versicherte, und zwar auf Preußen 58,92 pCt. sämmtlicher Versicherten, auf Bayern 7,24 pCt., auf Sachsen 12,81 pCt., auf Württemberg 3,13 pCt, auf Baden 3,38 pCt., auf Hessen 1,90 pCt., auf Hamburg 1,40 pCt. und auf Elsaß-Lothringen 3,84 pCt. Nach der Zahl der gewerblichen Versicherten steht demgemäß Bayern an dritter, Württemberg erst an sechster Stelle. Auch über die durchschnittlich in einem Betriebe beschäftigte Zahl von Versicherten giebt die Statistik Aufschluß. Im Deutschen Reiche wurden in je einem Betriebe durchschnittlich 12,09 versicherte Personen beschäftigt, dagegen in Preußen 12,72, in Bayern 7,71, in Sachsen 17,77, in Württemberg 8,23, in Baden 9,91, in Hessen 8,06, in Hamburg 17,27 und in Elsaß-Lothringen 22,05. Demnach sind also in Elsaß-Lothringen und Sachsen die Betriebe durchschnittlich am umfangreichsten, in Preußen und Hamburg kommt der durchschnittliche Umfang dem Durchschnitt für das Reich nahe, Baden, Württemberg, Hessen und Bayern weisen dagegen durchschnittlich wesentlich kleinere Betriebe auf. Im Zusammenhange mit der Feststellung der durchschnittlichen Größe der Betriebe wird in der Statistik die Frage erörtert, ob diese Größe auf die Häufigkeit der Unfälle einen Einfluß ausübt. Da stellt sich denn heraus, daß, während auf je 1000 Versicherte im Deutschen Reiche durchschnittlich 4,14 entschädigte Verletzte entfallen, diese Zahl sich für Preußen auf 4,44, für Bayern auf 4,60, für Sachsen auf 3,14, für Württemberg auf 4,18, für Baden auf 3,75, für Hessen auf 3,59, für Hamburg auf 6,82 und für Elsaß-Lothringen auf 2,97 beziffert. Danach würde sich also ein besonders günstiges Verhältniß für die Reichslande und für Sachsen ergeben, also für diejenigen Reichsgebietstheile, in welchen die durchschnittlich größten Betriebe vorhanden sind. Es würde dies den Schluß nahelegen, daß die Unfallgefahr mit dem durchschnittlichen Umfange der Betriebe in umgekehrtem Verhältniß steht, jedoch weisen die obigen Zahlen andererseits auch nach, da keineswegs da, wo die kleinsten Betriebe auftreten, auch immer die Unfallgefahr am größten ist. Die Statistik des Reichsversicherungs-Amtes behandelt denn auch die Frage als offene, und hält für weit einflußreicher auf die relative Zahl der Unfälle den Umstand, ob in einem Staate überwiegend gefährlichere oder minder gefährliche Industrien betrieben werden. In Sachsen und in den Reichslanden finden sich denn auch namentlich hervorragend die verhältnißmäßig mit nur geringer Unfallgefahr verbundenen Textilgewerbe vertreten.

In der Plenarsitzung des Bundesraths wurde der Beschluß des Reichstages betreffend die Vorlegung des Entwurfs einer Militär-Strafprozeßordnung dem Vorsitzenden des Bundesraths überwiesen und dem Entwurf einer Verordnung vom 14. April 1888 betreffend die Abänderung und Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze über die Kriegsleistungen zugestimmt.

Mit den Wahlprüfungen scheint man diesmal doch etwas prompter vorgehen zu wollen. Der stenographische Reichstagsbericht vom 16. Mai weist die Verlesung von 53 geprüften Mandaten auf. Hoffentlich kommt der Fall der Herren Wedsky, Leuschner ꝛc. nicht wieder vor. Bekanntlich saßen die Herren drei Jahre lang im Reichstag, redeten und stimmten und es wurde ihnen vor Schluß der Vorstellung das zu Unrecht verwaltete Amt eines Volksvertreters abgesprochen.

Auf den gefahrvollen Kuppelungs- und Fahrkarten-Aufsichtsdienst im Eisenbahndienst macht die „Frkf. Ztg." aufmerksam. Bekanntlich macht das Einhängen der Kuppelung das gefährliche Betreten und Treten zwischen die Geleise erforderlich. Abhilfevorrichtungen sind nur in der Form von Seitenkuppelungskonstruktionen in großer Auswahl vorhanden. Trotzdem wird z. B. auf den preußischen Staatsbahnen die Einführung der Seitenkuppelung aus verschiedenen, kaum stichhaltigen Gründen amtlicherseits weder unterstützt, noch ernstlich versucht; man beschränkt sich meist darauf, den Mehraufwand als Hinderungsgrund anzuführen, ganz wie Fabrikanten, die im Arbeiterschutz säumig sind. Aehnlich steht es um den gefahrvollen Dienst, welcher mit der Fahrkarten-Aufsicht verbunden. In voller Fahrt, bei Regen und Frost, hat der Beamte das Wagentrittbrett zu beschreiten, um dem reisenden Publikum die Fahrkarten zu koupiren und abzunehmen. In verschiedenen auswärtigen Staaten hat man schon seit Jahren diesen ebenfalls mit Lebensgefahr verbundenen Dienst abgeschafft; warum sinnt man nicht endlich auch bei uns in der Aera des Arbeiterschutzes auf Abhilfe?

Großenhain. Folgendes Schriftstück sei hier zur Beurtheilung der Oeffentlichkeit übergeben:

> Der Stellmachermeister Krüger aus Liebenow hat vom 1. Juli 1889 bis heute auf hiesigem Rittergut als Stellmacher und Vogt in Arbeit gestanden. Er war während dieser Zeit geschickt, ehrlich, fleißig und nüchtern, allerdings hat er nicht verstanden, sich den gehörigen Respekt zu erhalten, was ich auf seine sozialdemokratischen Ansichten zurückführen muß. Entlassen ist er, weil er gegen meinen ausdrücklichen Befehl am 1. Mai gefeiert hat.
>
> Linz, den 2. Mai 1890.
>
> R. Schultz, Inspektor."

Krüger hat es nicht verstanden, sich den gehörigen Respekt zu verschaffen, heißt mit anderen Worten: er war human mit den Leuten, die ihm unterstellt waren. Wie herrisch diese Leute sonst behandelt werden, geht schon aus dem Wortlaut des vorgedruckten Attestes hervor. Ein Vogt, der ein Vorgesetzter ist, empfängt in echt feudalistischer Manier Befehle, die er natürlich in strengerer Weise an seinen Unterstellten vollziehen soll — recht nach dem Geist der sächsischen Gesindeordnung. Durch die freundliche Uebermittelung der Rittergutsverwaltung gelangte die hiesige Amtshauptmannschaft in den Besitz des „Geheimnisses" von Krügers sozialdemokratischer Gesinnung. Die Amtshauptmannschaft hatte nichts Eiligeres zu thun, als die Sache dem — Militärverein anzuzeigen. Der Militärverein glaubte nach einer solchen gewissermaßen dringlichen und zwingenden Anzeige nichts Besseres thun zu müssen, als Krüger aus dem Verein auszuschließen. Solche Ausschlüsse scheinen epidemisch zu werden, obschon — wenn nicht die Einbuße der gesteuerten Beiträge jenen Vereinen solche Ausschlüsse als sehr ungehörig und anbeutend erscheinen ließ — kein Hahn sonst danach kräht. Wer sich lächerlich machen will, mag dies zum Gaudium der Menge thun. Allein, dieses Vorgehen der königlichen Amtshauptmannschaft ist doch derart, daß gerade dieser Fall eine besondere Bedeutung gewinnt. Das Ausschließungsdokument spricht von einer „glaubwürdigen Mittheilung der königlichen Amtshauptmannschaft", nach welcher Krüger sich „in der jüngsten Zeit an den gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie betheiligt habe". Diese Art, durch Behörden auf private Vereine zu wirken, ist ja höchst sonderbarer Natur und wird Veranlassung geben, im sächsischen Landtage einmal wieder die Schranken der Kompetenz dieser Behörden genau zu erörtern.

Halle a. S. Die neueste Anwendung des „Groben-Unfug-Paragraphen" dürfte in Zipsendorf bei Meuselwitz geleistet worden sein. Gegen den Redakteur des Naumburg-Weißenfels-Zeitzer Volksboten ist wegen der nachfolgenden, dem Blatte eingesandten Korrespondenz die Untersuchung wegen groben Unfugs eingeleitet:

„Zipsendorf, 16. März. Die Wahl macht Manchem gar viel Qual, auch dieses Sprüchwort haben wir hier in unserm Orte als auch in Broßen genau kennen lernen müssen. Es erhielt nämlich hier Hoffmann 99 Stimmen und da wir Arbeiter hier so ziemlich geschlossen nach unserer festen Ueberzeugung gewählt haben, so verweigern uns die Broßener und Zipsendorfer Bauern den Quark und auch das Sauerkraut, leider können doch aber die wohllöblichen Bauern ihren Quark und ihr Sauerkraut nicht allein essen, folgedessen lassen dieselben das Zeug auf dem Markte in Meuselwitz durch ihre Bediensteten oder durch Handelsleute ausbieten. Arbeiter, laßt doch einmal den Bauern fühlen, daß schließlich der fette Quark sauer wird und die betreffenden Bauern würden die Köpfe bei der nächsten Wahl noch viel dicker bekommen. Arbeiter, merkt Euch in Zipsendorf diejenigen und besucht den Fleischermeister Julius Seifert und den Restaurateur Graf etwas besser und tragt nicht Eure sauer verdienten Groschen zu solchen Leuten, die Euch nur kennen, wenn sie Euch brauchen können, nicht aber, wenn es heißt mit einzutreten für Eure Interessen. Laßt den Bauern ihren Quark selber essen.

Was die Wahl uns bringt.

In Zipsendorf und Broßen
Verweigern unverdrossen
Die Bauern uns den Quark,
Nein, das ist wirklich stark.

Sie sprechen unverhohlen,
Ihr könnt den Quark euch holen
Bei'm Hoffmann an der Saal',
Ach! das ist eine Qual.

Wie wird es nun einst werden,
Wenn hier auf dieser Erden,
Der Bruder Sozialist
Gar keinen Quark mehr ißt.

Es muß der liebe Bauersmann
Mit Günther gar am Ende dann,
Den guten, fetten Quark
Selbst essen, das wär stark.

P. N.

Will man etwa dadurch beweisen, daß der „grobe Unfug"-Paragraph auf jeden Quark paßt?

Aus Kurhessen, 19. Mai. Zur „Bekämpfung des Wuchers" ist im Kreise Schlüchtern vom Kreisausschuß beschlossen worden: 1) denjenigen Handelsleuten, denen eine wucherische, unreelle oder betrügerische Handlungsweise glaubhaft nachgewiesen wird, den Sparkassenkredit zu versagen, 2) an alle Orts-, Gerichts- und Polizeibehörden das Ersuchen zu richten, von wucherischen, betrügerischen, unreellen Handlungen Einheimischer dem Kreisausschuß Mittheilung zu machen, 3) in Erwägung zu ziehen, ob nicht alle Diejenigen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen sind, denen der Sparkassenkredit entzogen ist. — Der Verein gegen den Wucher im Reg.-Bez. Cassel wird in Erwägung ziehen, inwiefern sich diese Anregung aus Schlüchtern für die ganze Provinz nutzbar machen läßt.

Was die Remscheider Sozialdemokraten doch für böse und gefährliche Menschen sein müssen, zeigt folgende der „Köln. Ztg." entnommene Nachricht: „Remscheid, 18. Mai. Welche Mühe es in unsern von der Sozialdemokratie durchseuchten Industriebezirken kostet, für die Polizei zuverlässige und erprobte Beamten, namentlich solche für den Außendienst zu erlangen, beweist die Thatsache, daß sich für eine hiesige ausgeschriebene Polizeisergeantenstelle mit 1320 M. und eine Schutzmannsstelle mit 1120 M. Gehalt nicht ein älterer Militärbewerber gemeldet hat. Manche Behörden wollen die Wahrnehmung gemacht haben, daß ältere Unteroffiziere und andere Zivilversorgungsberechtigte lieber eine schlecht besoldete Stelle annehmen, als daß sie sich dem in hiesiger Gegend sehr mühevollen und mit zahllosen Unannehmlichkeiten, nicht selten mit Gefahren für Leib und Leben verknüpften Polizeidienst widmen." — Die dortigen Sozialdemokraten müssen doch noch schlimmer sein als die wilden Indianerstämme Amerikas.

Der Polizeipräsident von Berlin verbietet den Bd. XXX der sozialdemokratischen Bibliothek.

---

thun, um diesen Fall auszuweichen. Pepe glaubte, der Onkel sei zornig und schickte sich an zu weinen; man mußte ihn dadurch besänftigen, daß man ihm von den Biskuits gab, die zum Dessert bereit standen. Der Onkel dämpfte nun die Stimme und versuchte von anderen Dingen zu reden. Er sprach von den Demolirungs-Arbeiten, billigte die Eröffnung der Rue du Dix Decembre und meinte, dieselbe werde den Handel des Stadtviertels beleben.

Und das führte ihn wieder auf das „Glück der Damen". Immer kam er mit einer krankhaften Hartnäckigkeit auf den nämlichen Gegenstand zurück. Man lebe jetzt fortwährend in einer Staubwolke und verkaufe gar nichts mehr, klagte er, seitdem die Materialienwägen die Straße versperren. Es sei übrigens lächerlich, mit Gewalt groß werden zu wollen; die Kundschaften werden sich gar nicht mehr auskennen; warum baut man nicht lieber gleich ganze Hallen? Und trotz der flehenden Blicke seiner Frau, trotz der inneren Anstrengungen kam er nun auf den Umsatz des Magazins zu sprechen. Es sei unbegreiflich, meinte er; in vier Jahren habe dasselbe seine Umsatzziffer verfünffacht; der Konsum betrug ehemals 8 Millionen jährlich, während er jetzt die Ziffer von 40 Millionen erreicht. So viel habe die letzte Inventur ausgewiesen. Das sei etwas Unerhörtes, dagegen könne man nicht ankämpfen und das Haus schwelle immer mehr an; gegenwärtig gebe es daselbst tausend Angestellte und jetzt kündigt es sogar 28 Abtheilungen an. Diese Ziffer von 28 Abtheilungen war es besonders, was ihn außer sich brachte. Gewiß gebe es darunter einige doppelt, aber es gebe auch mehr neue; z. B. eine Abtheilung für Möbel und eine Abtheilung für „Pariser Artikel". Hat man je gehört: „Pariser Artikel"! Wahrlich, diese Leute sind nicht stolz; sie werden schließlich noch Fische verkaufen!

— Wenn Du aufrichtig sein willst, kannst Du sie unmöglich vertheidigen, sagte er dann zu Denisen gewendet. Was würdest Du von mir halten, wenn ich in meinen Tuchhandel eine Abtheilung für Casseroles errichten würde? Du würdest sagen, ich sei ein Narr, nicht wahr? Gestehe, daß Du sie nicht achten kannst!

Denise sah ein, daß man mit Vernunftgründen nicht mehr viel ausrichten könne. Sie begnügte sich daher, verlegen zu lächeln. Er aber fuhr fort:

— Kurz, Du bist für sie. Wir werden nicht weiter darüber reden, denn es ist unnöthig, daß wir uns deshalb überwerfen sollen. Das fehlte uns noch, daß sie Unfrieden zwischen mir und meiner Familie stiften sollen. Kehre zurück zu ihnen, wenn es Dir gefällt, aber erzähle mir nichts mehr von ihren Geschichten.

Es herrschte wieder Stillschweigen. Da es in dem engen Raume zum Ersticken heiß geworden, mußte die Magd ein Fenster öffnen und der feuchte Gestank drang wieder herein. Man brachte geschmorte Kartoffeln und Jedermann nahm schweigend davon.

— Sieh' Dir diese Beiden an, sagte Baudu wieder, indem er mit seinem Messer auf Genevieve, und Colomban zeigte. Frage sie, ob sie dem „Glück der Damen" wohlgeneigt sind?

Auf dem gewohnten Platze, wo sie seit zwölf Jahren sich täglich zweimal zusammenfanden, saßen Colomban und Genevieve und aßen still und gemessen. Keiner von Beiden sagte ein Wort. Er saß mit der plumpen Gemüthlichkeit seines breiten Antlitzes da, hinter welchem er die innere Flamme seiner Leidenschaft verbarg, während sie bleich, den Kopf vorgeneigt unter dem schweren reichen Haarwuchs, wie von einem geheimen Kummer verzehrt, still da saß.

— Das verflossene Jahr war ein unglückliches, erklärte der Onkel, und wir müssen ihre Heirath noch weiter verschieben. Frage sie nur, was sie von Deinen Freunden da drüben halten?

— Ich kann sie nicht lieben, Base, erwiderte Genevieve, aber es denken nicht alle Leute so wie ich.

Und dabei schaute sie auf Colomban, der mit verlegener Miene Brodkügelchen rollte. Als er die Blicke seiner Verlobten auf sich ruhen fühlte, stieß er einige heftige Redensarten aus. Eine schmutzige Boutique! Einer ein größerer Schurke, als der Andere! Eine wahre Pest für das Stadtviertel!

— Ihr hört ihn! schrie Baudu entzückt. Den werden sie niemals in ihre Gewalt bekommen! Ja, mein wackerer Freund, Du bist der Letzte; Solche werden nicht mehr geboren.

Allein Genevieve mit ihrem strengen und schmerzerfüllten Gesichte ließ Colomban nicht aus den Augen. Ihre Blicke drangen ihm bis in das Herz und setzten ihn in Verlegenheit, so daß er seine Schmähungen noch verdoppelte. Madame Baudu betrachtete die Beiden mit besorgten Blicken, als würde sie da ein neues Unglück voraussehen. Seit einiger Zeit lebte sie in fortwährender Angst über die Blässe ihrer Tochter. Sie sah sie zusehends sterben.

— Der Laden ist ohne Aufsicht, sagte sie endlich, sich erhebend, um dieser Szene ein Ende zu machen. Schauen Sie nach, Colomban; ich glaube, es sei Jemand gekommen.

Jedermann erhob sich. Baudu und Colomban sprachen mit einem Makler, welcher gekommen war, um Aufträge entgegenzunehmen. Madame Baudu führte Pepe weg, um ihm Bilder zu zeigen. Die Magd hatte den Tisch rasch abgeräumt. Denise saß sinnend am Fenster und blickte in den kleinen Hof hinaus. Dann, als sie sich umwandte, sah sie Genevieve noch immer auf ihrem Platze vor der mit Wachsleinwand überzogenen Tafel sitzen.

— Du leidest, Base, sagte sie.

Genevieve antwortete nicht. Sie blickte unverwandt auf einen Sprung in der Wachsleinwand, mit welcher der Tisch überzogen war. Dann blickte sie auf und begegnete dem theilnahmsvollen Antlitz Denisens. Sind denn alle Uebrigen fort? schien sie zu fragen und was macht sie dann allein auf ihrem Sessel? Und plötzlich begann sie zu schluchzen. Sie ließ das Haupt auf den Tisch niedersinken und vergoß bittere Zähren.

— Mein Gott, was ist Dir? rief Denise verstört. Soll ich Jemanden rufen?

Genevieve hielt sie zurück und stammelte:

— Nein, nein, bleibt! Mama darf nichts wissen. Du darfst es erfahren, aber die Anderen nicht. Es ist mir ganz willkürlich gekommen, ich schwöre Dir's; ich glaubte, ich sei allein. Indeß: ich fühle mich schon erleichert; ich weine nicht mehr.

(Fortsetzung folgt.)

Oesterreich-Ungarn.

Da aus der Disputation zwischen dem Radikalen Charles Bradlaugh und dem Arbeiterführer John Burns über den gesetzlichen 8stündigen Arbeitstag nichts werden wird, so hat Hyndman Bradlaugh aufgefordert, in der St. James Halle öffentlich über das Thema zu debattiren. Hyndman stellt die These wie folgt: „Daß die gesetzliche Einführung eines achtstündigen Arbeitstages oder von 48 Stunden die Woche als Maximum der Beschäftigung für Erwachsene in allen Fabriken, Werkstätten und auf Nutzen arbeitenden Geschäften sich als werthvolles Palliativmittel unserer gegenwärtigen industriellen Anarchie erweisen wird." Bradlaughs Gegenthese lautet: „Daß es wünschenswerth ist, daß alle Lohnarbeiter so wenig Stunden als möglich des Tages arbeiten, soweit es verträglich ist mit einem nutzenbringenden Industriebetrieb; daß die Begrenzung auf acht Stunden des Tages für viele Industrien in England verhängnißvoll werden würde; daß die Arbeitszeit in jeder Industrie durch versöhnliche Berathungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern oder deren Vertretern festgesetzt werden sollte." Bradlaugh fordert ferner Hyndman auf, eine Bill zu entwerfen über die Angelegenheit, welche dem Parlament vorgelegt werden sollte.

Die Angestellten der Süd-London Pferdebahn hielten am Sonntag eine Versammlung ab, um zu entscheiden, ob sie sofort einen Streik beginnen sollten, oder nicht. Ihre Forderungen sind, daß ein Kutscher 5 sh. und ein Kondukteur 4 sh. 6 d. erhalten soll, daß die Arbeitszeit auf 12 Stunden täglich beschränkt wird (inkl. 2 Stunden für Mahlzeiten) und alle Bußen in Wegfall kommen. **Der anwesende Arbeiterführer John Burns mahnte dringend vor dem übermüthigen Spielen mit Streiks ab.** Ausstände würden nicht durch hohle Reden, sondern durch starke Organisationen gewonnen. Von 20 000 Londoner Pferdebahn-Angestellten gehörten nur 3000 dem Gewerkverein an. Burns schlug vor, erst, wie es sich gehöre, einen Brief an den Betriebsdirektor zu schicken und demselben die Forderungen darzulegen. Die Versammlung folgte dem Redner.

Schweiz.

Der schweizer Bundesrath schlägt vor, den Artikel 120 A der Bundesverfassung in dem Sinne zu revidiren, daß 50 000 stimmberechtigte schweizerische Bürger die Aufhebung oder Abänderung einzelner Artikel der Bundesverfassung, sowie eine Aufstellung neuer Verfassungsbestimmungen verlangen können. Sobald ein solches Begehren gestellt wird, hat eine Volksabstimmung darüber zu befinden, und, wenn das Volk seine Genehmigung dazu gegeben, so hat die Bundesversammlung die Revision in die Hand zu nehmen.

Italien.

Rom, 21. Mai. Deputirtenkammer. Der von Cavalotti eingebrachte Antrag gegen die Ernennung von Deputirten für vom Staate oder von staatlich subventionirten Verwaltungen honorirte öffentliche Dienstposten wurde mit 176 gegen 46 St. abgelehnt, nachdem der Ministerpräsident Crispi gegen die Inbetrachtnahme des Antrages gesprochen hatte. — Auf eine Anfrage Caldesi's in Betreff des heute in Ravenna ausgebrochenen Konflikts zwischen den Truppen und der nothleidenden Bevölkerung bestätigte der Ministerpräsident, indem er seinem Bedauern über die Vorkommnisse Ausdruck gab, daß sowohl auf Seiten der Truppen als auch auf Seiten der Bevölkerung mehrere getödtet und verwundet wurden. Die Truppen seien unausgesetzt mit Steinwürfen empfangen worden. Es sei eine Enquetekommission abgesandt, auch seien Unterstützungen vertheilt worden, andere würden folgen; er hoffe, die Konflikte würden sich nicht erneuern.

Frankreich.

Der Gesetzvorschlag über die Aufsichtsvertreter der Bergleute, welcher seit einigen Jahren schon 5—6 Mal den Weg zwischen Kammer und Senat zurückgelegt hat, wurde vorgestern in der Fassung des Kammerausschusses vom Hause mit 494 gegen 4 Stimmen angenommen. Da aber der Wortlaut der Kammerauffassung in einigen Punkten von dem vom Senat beschlossenen abweicht, so kehrt das Gesetz wieder an den Senat zurück.

Der Kammerausschuß für die Arbeitergesetzgebung beschloß gestern das Verbot, Frauen, jugendliche Personen und Kinder an Sonn- und Festtagen zu beschäftigen, sowie das Verbot der Anstellung von Kindern unter 13 Jahren zu öffentlichen Aufführungen zu befürworten.

Bekanntlich ist die Wahl in St. Dié, wo der Boulangist Oberst Picot über Jules Ferry siegte, Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung. Der Untersuchungsausschuß hat nunmehr festgestellt, daß seitens Picots Bestechung, Verleumdung, Druck auf die Wähler, Drohungen, Verläumdungen, Wahlfälschungen und unehrliche Kniffe angewendet worden sind. Die Wahl wird daher voraussichtlich von der Kammer verworfen werden.

Holland.

Haag, 21. Mai. Nach einer hier eingegangenen amtlichen Meldung haben die Atchinesen am 14. d. Mts. Benting (in der Nähe von Edi), welches gänzlich verlassen worden war, genommen; die Holländer versuchten vergeblich mit 300 Mann den Ort wieder zu nehmen und verloren dabei 8 Todte und 24 Verwundete; die Verluste der Atchinesen betrugen 14 Todte und 15 Verwundete.

Belgien.

Haine-St. Etienne, 21. Mai. Die heutige Sitzung des internationalen Bergarbeitertages in Jolimont wurde um 10 Uhr Morgens eröffnet. Zunächst wurden zahlreiche Glückwunschtelegramme von belgischen und ausländischen Vereinigungen verlesen. Aus Frankreich sind neun Delegirte erschienen. Der Präsident (ein Engländer) giebt Kenntniß von einer amtlichen Bekanntmachung aus Gelsenkirchen, durch welche den Bergleuten unter Androhung von drei Monaten Gefängniß verboten wird, Beiträge behufs Entsendung von Delegirten nach Jolimont zu sammeln. Der Kongreß beschließt einstimmig eine Protestresolution.

Parlamentarisches.

Die Reichstagskommission zur Vorberathung der Vorlage, betreffend die Gewerbegerichte, hat in Anwesenheit der Herren Bundesrathsbevollmächtigten Geh. Räthe Lohmann, Hoffmann und Landmann am Dienstag Abend und Mittwoch Vormittag ihre Berathungen des zweiten Abschnittes des Entwurfs (§ 20—54) beendet. Das Ergebniß der in etwas raschem Zeitmaß gepflogenen Berathungen ist gewesen, daß in erster Lesung die Vorlage mit folgenden hier besonders hervorzuhebenden wesentlichen Aenderungen angenommen ist: Es sollen Rechtsanwälte und solche Personen, welche die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten gewerbsmäßig betreiben, von der Zulassung zum Verfahren ausgeschlossen sein. Ferner ist die in der Vorlage ohne Rücksicht auf die Höhe des Streitgegenstandes zugelassene Berufung an das Gericht nur noch für Streitgegenstände von 100 M. und mehr Werth zugelassen; in allen Sachen von geringerem Werth ist die Entscheidung des Gewerbegerichts endgiltig. Ob es bei dieser Begrenzung der Berufung nach oben hin verbleibt, ob also nicht eine noch weitere Begrenzung vorzuschlagen, muß der Berathung in zweiter Lesung vorbehalten bleiben. Keinenfalls aber wird in der Kommission eine Mehrheit für eine weitere Zulassung der Berufung, als bei den ohnehin nicht übermäßig zahlreichen Streitgegenständen von 100 M. und darüber, zu finden sein. Was die Kosten des Verfahrens angeht (die Vorlage sieht als Mindestbetrag Eine Mark bei einem Streitgegenstand von 100 Mark vor, dann an steigend bis zu 30 M.) — so ist ein Antrag des Abg. Dr. Meyer angenommen, wonach durch Ortsstatut vorgesehen werden kann, daß Kosten in geringerem Betrage oder gar nicht erhoben werden. Die Kommission wird bei ihrem demnächstigen Wiederzusammentritt (am 3. Juni) den vom Einigungsamt handelnden dritten Abschnitt der Vorlage berathen. Wegen der bisher schon stattgehabten zahlreichen Abänderungen der Vorlage, und da für die zweite Lesung deren noch weitere zu erwarten stehen, ist schon jetzt eine Redaktionskommission gewählt worden, welche aus den Abgg. Dr. Bachem, Dr. v. Cuny, Dr. v. Giese und Dr. Meyer besteht. Zum Berichterstatter für das Plenum ist Hr. Dr. Bachem erwählt worden.

Militärkommission. Nachdem wir über die Vorgänge in der Militärkommission kurz berichtet hatten, lassen wir nunmehr in Rücksicht auf die materielle Bedeutung der Angelegenheit die Erklärungen des Kriegsministers in ihrem ganzen Zusammenhange folgen: „Für die weitere Organisation und Ausbildung der Armee, so drückte sich Herr v. Verdy aus, wären nur zwei Wege offen: entweder der Weg der Nachahmung, der bisher inne gehalten worden, oder der für eine mächtige Nation allein richtige Weg einer selbstständigen Durchführung des Scharnhorst'schen Gedankens, des Volkes in Waffen. Spezielle Pläne lägen noch nicht vor, weshalb sich auch die Kosten der Durchführung des Gedankens noch nicht berechnen ließen. Nach seiner Ansicht würde man staffelweise vorgehen müssen. Das Hauptaugenmerk wäre darauf zu richten, die jetzt bestehenden Organisationen in der bezeichneten Richtung auszugestalten durch die Erhöhung der Friedenspräsenz in den Kadres. Die Zahl der Dienstpflichtigen, welche zur Zeit nicht ausgebildet würde, berechnete der Kriegsminister auf 54 500 Mann. Zur Verfügung ständen drei Jahrgänge der Zurückgestellten mit je 11 500 Mann, also im Ganzen 34 500 Mann, außerdem ein Jahrgang der bedingt Tauglichen mit 20 000 Mann. (Mit Berücksichtigung der in der jetzigen Vorlage verlangten Erhöhung der Rekruteneinstellung um etwas über 6000 Mann würden also noch immer 48 000 Mann zur Einstellung übrig bleiben.) Was die jetzige Vorlage beträfe, so sollte mit derselben nur der erste Schritt gethan werden, um das unerläßlichste Bedürfniß zu befriedigen und die vorhandenen Truppenkörper normal zu organisiren. Zur Zeit wäre die Ersatzreserve noch nicht zu entbehren. Die spätere Organisation werde diese aber beseitigen. Der Kriegsminister schloß mit der Versicherung, er würde der Glücklichste von Allen sein, wenn es am Ende des 19. Jahrhunderts möglich sein sollte, die Abrüstungsfrage zu lösen."

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags hat über die Wahl des Abg. Leemann (natlib.) im 11. Wahlkreis des Königreichs Württemberg Bericht erstattet, gegen welche folgender erhebliche Einspruch vorliegt: „Gegen die Wahl des Herrn Regierungsraths Julius Leemann im 11. württembergischen Wahlkreis erhebe ich Einspruch. Am Wahltag hat der ergebenst Unterzeichnete Christian Zimmermann, Küfer in Schwabach, Oberamt Weinsberg, einen auf Oskar Galler lautenden Wahlzettel dem Schultheißen Weibler als dem Wahlvorsteher übergeben. Bei der Zählung stellte es sich heraus, daß auch nicht ein einziger Zettel auf Galler in der Urne war. Der Schultheiß wußte, daß ich Galler wählen werde und hat meinen Zettel durch Befühlen erkannt; als ich das Rathszimmer verließ, hielt der Wahlvorsteher den Zettel noch in der Hand und zwinkerte den Beisitzern mit den Augen zu. Ich kann meine Angaben beschwören. Schwabach, 25. April 1890. Verehrungsvoll Christian Zimmermann." Die Behauptung des Einspruchs geht hiernach dahin, daß in Schwabach eine Wahlfälschung vorgekommen sei, welche, wenn sie sich bestätigen sollte, zu einer Kassirung des ganzen Wahlakts in Schwabach führen würde. Daselbst sind 77 Stimmen, alle auf den Regierungsrath Leemann lautend, nach Ausweis des Wahlprotestes abgegeben worden, so daß, wie der Bericht ausführt, selbst eine Ungiltigkeitserklärung des Schwabacher Wahlakts auf das Resultat der Wahl ohne Einfluß sein würde. Dagegen erscheine es nothwendig, die schwere Beschuldigung gegen den Schultheißen Weibler zu Schwabach, sich gegen § 108 des Strafgesetzbuchs vergangen zu haben, zu untersuchen und zu dem Behufe außer dem Beschwerdeführer die vier Beisitzer und den Protokollführer zeugeneidlich zu vernehmen. Die Wahlprüfungs-Kommission beantragt daher: 1) die Wahl des Abgeordneten Leemann im 11. Wahlkreise des Königreichs Württemberg für giltig zu erklären, 2) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Untersuchung der in Schwabach behaupteten Wahlfälschung durch gerichtliches Verfahren zu veranlassen und von dem Resultat der Untersuchung dem Reichstage Kenntniß zu geben.

Auch gegen die Wahl des Abgeordneten Pause-Merseburg (dfr.) ist ein Protest eingegangen, worüber die Kommission bemerkt: Wenn die Angaben richtig sind, wären zwei Personen zu Unrecht in die Wählerliste aufgenommen und hätten ihr Wahlrecht ausgeübt. Wenn ein Einspruch gegen die irrthümliche Eintragung der beiden Personen nicht rechtzeitig erhoben ist, so befand sich der Wahlvorstand später nicht in der Lage, dieselben von der Wahl auszuschließen. Eine besondere Prüfung im vorliegenden Falle eintreten zu lassen, liegt aber kein Grund vor, da durch eventuelle Ungiltigkeitserklärung der beiden Stimmen das Resultat der Wahl nicht geändert wird. Die Wahlprüfungs-Kommission beantragt hiernach: die Wahl des Abgeordneten Pause im 7. Merseburger Wahlkreise für giltig zu erklären.

Im Reichstage hat der Abgeordnete Siegle, unterstützt von Mitgliedern der nationalliberalen Partei, folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, statistische Aufnahmen über die Lage der arbeitenden Klassen, insbesondere über Arbeitszeit, die Lohnverhältnisse und Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter in den verschiedenen Berufszweigen vornehmen zu lassen.

Eine Interpellation hat der Abg. Richter mit Unterstützung aus der freisinnigen Partei eingebracht: „Wie denkt der Herr Reichskanzler über die Aufrechterhaltung der neueren Bestimmungen über die Paßpflicht und die Aufenthaltsbeschränkungen im Elsaß?"

Arbeiterbewegung.

Spandau, 22. Mai. In den königlichen Artilleriewerkstätten soll dem „W. T. B." zufolge der Tageslohn um 15 bis 20 pCt. erhöht sein.

Hamburg, 22. Mai. Die hiesige Handelskammer lehnte das Ersuchen der streikenden Ewerführer, mit dem Vorstand über die Ursachen des Streiks zu verhandeln, entschieden ab. Die Ewerführer ersuchen die hiesigen Gewerkschaften schleunigst um Geldunterstützungen, da sie mittellos seien.

Mainz, 20. Mai. Sämmtliche hiesige Schuhfabriken hatten auf heute Morgen ihre Arbeiter zur Wahl eines Arbeiterausschusses eingeladen, um mit diesem, statt mit der Lohnkommission, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schwebenden Differenzen zu begleichen. Von sämmtlichen Streikenden hat nicht ein einziger diesem Rufe Folge geleistet; das Streikkomitee veröffentlicht heute durch Plakate einen Aufruf, in welchem es heißt, daß die Aufforderung der Fabrikanten nur eine Falle sei, welche den Arbeitern gelegt werden sollte. Die Interessen der Arbeiter können durch die Lohnkommission geregelt werden.

Köln, 21. Mai. Am Sonntag beschäftigten sich die Schuhmachergesellen in einer öffentlichen Versammlung im „Schützenhause" zu Ehrenfeld mit den Verhältnissen, unter denen sie zu leiden haben. Herr Fischer schilderte die Lage der Schuhmachergesellen als eine gegenüber den Verhältnissen der sämmtlichen übrigen gewerblichen Arbeiter höchst traurige. Der wöchentliche Durchschnittslohn derselben betrage 9 bis 10 M., wovon sie sich noch ganz oder wenigstens zum Theil beköstigen müßten. Als Schlafkammer werde ihnen in der Regel eine erbärmliche Dachkammer angewiesen und dabei müßten sie von morgens früh oft bis Nachts 12 Uhr und länger arbeiten. Um diesem menschenunwürdigen Zustande ein Ende zu machen, verlange man einen Mindestlohn von 15 M. wöchentlich und eine tägliche Arbeitszeit von höchstens 11 Stunden. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 18. Mai im Schützenhause zu Ehrenfeld tagende Schuhmacherversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt, an dem von der Kölner Lohnkommission aufgestellten Lohntarif festzuhalten, mit der Kommission sich solidarisch zu erklären und mit derselben Hand in Hand zu gehen." — Eine für die streikenden Schuhmacher in Mainz während der Versammlung veranstaltete Geldsammlung wurde von dem Ueberwachungsbeamten verboten.

Bildstock (Kreis Saarbrücken), 21. Mai. Der bergmännische Rechtsschutzverein hat beschlossen, eine Eingabe an die Bergwerksdirektion gelangen zu lassen, in der eine gründliche Reform des Knappschaftswesens verlangt wird und die von der Bergbehörde geplanten Neuerungen auf dem Knappschaftsgebiete als unannehmbar bezeichnet werden. Die Hauptforderungen der Bergleute lauten: 1. Sofortige Neuwahl der Knappschaftsältesten bei gleichzeitiger Herabsetzung ihrer Zahl; 2. zu Knappschaftsältesten sollen Bergleute nicht unter 30 Jahren gewählt werden, dieselben sollen Bergleute bleiben und nicht Beamtenqualität erhalten; 3. die Wahl des Arztes soll in Krankheitsfällen den Knappschaftsmitgliedern frei stehen; 4. die Knappschaftskasse soll von der Unfallkasse getrennt werden; 5. nach dreißigjähriger Arbeitszeit soll die Pension für den invaliden Bergmann 45 M. monatlich betragen. — Diese Forderungen sind in mehreren gut besuchten Versammlungen einstimmig angenommen worden.

Versammlungen.

Die Mechaniker und Berufsgenossen Berlins und Umgegend hielten am 21. d. M. im Saale des Böhmischen Brauhauses eine öffentliche Versammlung ab behufs weiterer Berichterstattung des Fünfer-Streikausschusses und Stellungnahme gegen die Prinzipale, welche die Forderungen der Gehilfen nicht bewilligen. Herr Schönemann nahm vor seiner Berichterstattung Gelegenheit, die Kollegen aufzufordern, nur Arbeiterblätter zu lesen, da in mehreren hiesigen Tageszeitungen über die Bewegung falsche und schädigende Nachrichten veröffentlicht worden sind. Eine genaue Statistik derjenigen Prinzipale, welche bewilligt haben, konnte noch nicht vorgelegt werden, doch konstatirte Herr Schönemann, daß die bisher erzielten Erfolge zufriedenstellend seien. Die Nachfeierabend- und Sonntagsarbeit sei fast gänzlich gefallen, die tägliche neunstündige Arbeitszeit sei im Großen und Ganzen eingeführt und der Minimallohn von 21 M. in verschiedenen Betrieben eingeführt. Am 13. d. M. hat eine Versammlung der Arbeitgeber stattgefunden, welche die Forderungen der Gehilfen anerkannte, „dem Drängen der Gehilfen nachgebend". Etwa 10 bis 20 Arbeitgeber würden nach einer Mittheilung des Herrn Direktor Löwenherz nicht geneigt sein, die Forderungen zu bewilligen, unter diesen auch das Stadtgeschäft von Siemens. Sämmtlichen Arbeitgebern soll seitens der Deutschen Gesellschaft für Optik und Mechanik mittelst Zirkular bekannt gegeben werden, daß die Forderungen mit dem 16. Juni d. J., bezw. mit der Woche, in welche der 16. Juni fällt, in Kraft zu treten haben. Zu bemerken ist, daß der Arbeitsnachweis der Gehilfen seitens der Prinzipale anerkannt wird, nur, daß sich diese eine Kontrole vorbehalten haben, welche durch die Ortskommission ausgeübt werden soll. Der Berichterstatter hielt es für unerläßlich, daß in denjenigen Betrieben, welche am 16. k. M. die Forderungen nicht bewilligen, eine Arbeitseinstellung zu erfolgen habe. Bei der großen Minderheit der in Betracht kommenden Arbeitgeber war Herr Schönemann der Meinung, daß der Kampf nicht lange dauern könne. Lebhaft beklagte Redner die Lauheit der Kollegen im Siemens'schen Stadtgeschäft, doch hoffe er, daß sich dieselben wieder aufraffen werden. Zum Schluß ermahnte Redner die Kollegen dringend, sich einer Organisation anzuschließen, da nur dadurch die gemachten Errungenschaften bei schlechter Geschäftskonjunktur aufrecht erhalten werden können. In der folgenden Diskussion wurde besonders hervorgehoben, daß die Firma Siemens die Forderungen bewilligen würde, sobald die dort beschäftigten Arbeiter diese Forderungen stellen würden und wurde dies als ein Ansporn für die dortigen Kollegen erachtet, diese Forderungen zu stellen und sich der Lohnbewegung anzuschließen. Auch wurde dringend vor Zuzug nach der Fabrik von Mix u. Genest gewarnt. Herr Pirch nahm Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß trotz Organisation und Lohnkämpfe die Forderungen der Arbeiter erfolgreich nicht aufrecht zu erhalten seien, daß dies vielmehr nur möglich sei durch eingreifende gesetzliche Bestimmungen und daß demzufolge ein Stillstand in der Arbeiterbewegung, ein Ausruhen auf dem Errungenen nicht Platz greifen dürfe und könne, vielmehr ein stetiges Vorwärtsstreben nöthig sei. Nach Schluß der weiteren Diskussion faßte die Versammlung folgenden Beschluß: „Die am 21. Mai im Böhmischen Brauhause versammelten Mechaniker und Berufsgenossen Berlins und Umgegend verpflichten sich, von der Geschäftswoche an, in welche der 16. Juni fällt, nur in den Werkstätten zu arbeiten, wo die Forderungen der Gehilfen in der von der Lokalkommission vorgeschlagenen Form eingeführt sind; insbesondere auch den von den Prinzipalen anerkannten Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen. Des Weiteren verpflichten sich die Versammelten, die dadurch eventuell arbeitslos werdenden Kollegen nach besten Kräften zu unterstützen und ohne Ausnahme einen wöchentlichen Beitrag von 50 Pf. pro Mann zum Streikfonds zu leisten. Die Streikkommission hat die Firmen, welche unsere Forderungen nicht einführen wollen, in einer im nächsten Monat stattfindenden Gehilfenversammlung bekannt zu machen." Auch wurde über die Fabrik von Mix u. Genest die Sperre verhängt und verpflichteten sich die Anwesenden, die Fabrik so lange zu meiden, bis die dortigen Mißstände geregelt sind. In die Streik-Kontrolkommission delegirte die Versammlung die Herren Schönemann, Thomä und den Vorsitzenden der Versammlung, Herrn Trittelwitz. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht ertheilt.

Stiller. Wenn Wochenlohn ausgemacht ist, so kann derselbe auch dann ausgezahlt werden, wenn wegen gesetzlicher Feiertage nicht an sechs Tagen in der Woche gearbeitet worden ist.

A. F. Die Fabrikkrankenkasse muß ein Statut haben, dessen — uns allerdings nicht bekannter Inhalt über den von Ihnen angegebenen Fall entscheidet.

Steindrucker. Ihre Annahme ist richtig. Bitte über eine solche Versammlungsanzeige „Annonze" zu setzen, dann wird die Redaktion dieselbe stets der Expedition zugehen lassen.

F. H. 100. Insoweit die Schulden des Sohnes zur Bestreitung seines nothwendigen Lebensunterhaltes gemacht sind, ist der Vater desselben zur Bezahlung derselben verpflichtet.

F. Rixdorf. In der Regel kennt der Richter weder den vorgeladenen Zeugen persönlich, noch weiß er etwas von dessen Vorstrafen. Wenn der Zeuge, was übrigens selten geschieht, nach seinen Vorstrafen befragt wird und wissentlich eine unrichtige Antwort giebt, so macht er sich des Meineides schuldig und kann mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft werden.

Theater.

Freitag, den 23. Mai.

Opernhaus. Ein Maskenball.
Schauspielhaus. Die Räuber.
Berliner Theater. Kean.
Deutsches Theater. Götz von Berlichingen.
Lessing-Theater. Die große Glocke.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der arme Jonathan.
Wallner-Theater. Hänschen (Bébé). Guten Morgen, Herr Fischer.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Ostend-Theater. Lohengrin.
Residenz-Theater. Marquise.
Belleallianee-Theater. Der Nautilus.
Kroll's Theater. Die weiße Dame.
Adolf Ernst-Theater. Der Goldfuchs.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten

Direktion: **C. Andress,** Alexanderstraße 27c.

Eröffnung des Sommergartens und Bühne.

Täglich Auftreten erster Spezialitäten.
Anfang Wochentags 8 Uhr. Sonntags 5½ Uhr.
Entree Wochentags und Sonntags 30, 50 u. 75 Pf., im Vorverkauf 30 u. 50 Pf.
Der Garten ist an Vereine für Sommerfestlichkeiten mit Spezialitäten-Vorstellung zu vergeben.

Andress.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.

Täglich:
Grosses Garten-Concert.
Direktion **A. Rödmann.**
Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**
Entrée **Wochentags 10 Pfg., Sonn- und Festtags 25 Pfg.**
Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Patzenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovirung geschlossen.
641 **F. Müller.**

Variété-Theater.

(Hasenhaide)
Herrmannstr. 18 — Neue Strasse 18.
In dem vollständig renovirten Garten: 275
Am 1., 2. u. 3. Pfingstfeiertag:
Großes Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und
BALL.
Durchweg neues Programm.
Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.
Kinder frei!

Passage 1 Tr. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.
Kaiser-Panorama.
Nur **diese** Woche:
Vielen Wünschen entsprechend: 1. Reise d. **Norwegen. Dritte** Wanderung durch den **Harz.**
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
Abonnement 1 M.
Jede Woche andere Reisen.

Wannsee.
Café Alsen.

Größtes Lokal, höchst romantisch im Wald und am Wasser belegen, Nähe des Flensburger Löwen, empfiehlt **Vereinen** seine großen Säle, Kegelbahnen, Kähne und Volksbelustigungen aller Art zur gefälligen Benutzung. Küche, Keller gut, solide Preise.

R. Bloch.

Beyler's Elysium,

Rixdorf, Hermannstr. 84, Pferdebahn-Haltestelle Ecke Knesebeckstr., empfiehlt sein herrlich schattiges Sommerlokal zum Pfingstfeste. Am ersten Feiertag **Früh-Concert,** Anfang 5 Uhr, sowie an allen Feiertagen **Grosses Garten-Concert bei freiem Entree.** Anfang 4 Uhr. Zwei Kegelbahnen sowie die Kaffeeküche stehen dem geehrten Publikum zur Verfügung. Speisen und Getränke, kalt und warm, feinstein. Um freundlichen Besuch bittet achtungsvoll
550 **Otto Beyler.**

NB. Halte den verehrten Kirchhofsbesuchern mein Lokal bestens empfohlen.

Johannisthal.
Ludwig's Salon.

Größter und schönster Saal Johannisthals, ferner große Kaffeeküche, Ausschank, Kegelbahn, Schaukel direkt im Walde gelegen. Dem geehrten Ausflüge machenden Publikum bestens empfohlen.
554] Achtungsvoll **C. Ludwig.**

Genossen! Wo bekommt man **gute Speisen und guten Trank?** Beim
Pfeifen-Müller, Neu-Weißensee
König-Chaussee 46. Auch können Familien Kaffee kochen. Volksbl., Wahre Jakob 2c. liegen aus. Große Vereinszimmer. Also, auf zum Pfeifen-Müller!

Große öffentliche Versammlung
sämmtlicher
Arbeiter
Berlins und Umgegend

heute, Freitag, den 23. Mai, Abends 8 Uhr,
in **Joël's Salon,** Andreasstraße Nr. 21.

Tagesordnung:

1. Noch einmal die Streiks und inwieweit sind die Arbeiter verpflichtet, dieselben zur Durchführung zu bringen? Referent: Herr **Emil Schade.** Diskussion.
2. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird jeder Arbeiter ersucht, diese Versammlung zu besuchen.

Der Einberufer.

Bezugnehmend auf die Tagesordnung der Versammlung sämmtlicher Gewerkschaften, welche heute Abend in Joël's Salon, Andreasstraße 21, stattfinden soll, bitten wir die Arbeiter Berlins, sich zahlreich in derselben einzufinden.

Werner. Insinger. Heindorf.

Heute, Freitag, den 23. Mai, Abends 9 Uhr,
in **Habel's Brauerei,** Bergmannstraße:

Oeffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung über die Differenzen zwischen den Setzern und dem „Berliner Lokal-Anzeiger". 2. Diskussion.

Sämmtliche Arbeiter sind hierzu freundlichst eingeladen. Die Versammlung ist genehmigt. [551] **Der Einberufer.**

Grosser Ausflug

des Allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins sämmtl. Berufszweige
Berlins und Umgegend,
sowie sämmtlicher dazu gehörenden Filialen

am **26. Mai (2. Pfingstfeiertag),** Morgens 7 Uhr, nach dem **Wilmersdorfer Volksgarten,** Berlinerstraße 40. Fahrgelegenheit von jeder Stadtbahnstation bis Schmargendorf, von dort 10 Minuten. Verbindung vom Spittelmarkt bis Golzstraße mit dem Omnibus, oder von der Zwölf-Apostelkirche mit der Dampfbahn nach Wilmersdorf. Nachzügler werden bis 1 Uhr dort erwartet. Andere Vereine werden hiermit eingeladen. Um recht zahlreiche Betheiligung bittet 562

Der Vorstand. Frau Gubela, Forsterstr. 57, 1 Tr.

Reinickendorf.
Restaurant Seeschlösschen, Markstraße 1—2.

Am 2. Pfingstfeiertag 527
veranstaltet der Arbeiter-Männergesangverein **„Weiße Rose"** ein
Grosses Vokal- und Instrumental-Früh-Concert.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.

Achtung! Da dieses Lokal von den Genossen zu unterstützen ist, so werden hiermit Genossen und Sangesbrüder freundlichst eingeladen. Fahrgelegenheit vom Pferdebahnhof Gesundbrunnen und Wedding, Ecke Gerichtstraße per Kremser von 4½ Uhr früh an. **Der Vorstand.**

Restaurant Seeschlösschen,

Reinickendorf, Markstrasse 1—2.
Am 1. Pfingstfeiertag:
Großes Instrumental-Früh-Concert,

ausgeführt von einer 30 Mann starken Kapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn **Pohl,** veranstaltet von der Gesellschaft **„Zukunft".**
Kassenöffnung 4½ Uhr. Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pfennig.
Bei ungünstiger Witterung findet das Concert in den Sälen statt. Die Kaffeeküche ist geöffnet. Biere sind von außerhalb. Pferdebahnverbindung vom Wedding bis vors Lokal. Da den Arbeitern in Reinickendorf weiter kein Lokal zur Verfügung steht, werden die Genossen ersucht, zahlreich zu erscheinen.
561 **F. Schäfer,** Pankower Allee 41.

Hamburg-Amerikanische
Packetfahrt Actien Gesellschaft
Express- und Postdampfschiffahrt
Hamburg-New York
Southampton anlaufend
Oceanfahrt ca. 7 Tage.
Ausserdem regelmässige Postdampfer-Verbindung zwischen

Hâvre—Newyork.	Hamburg—Westindien.
Stettin—Newyork.	Hamburg—Havana.
Hamburg—Baltimore.	Hamburg—Mexico.

Nähere Auskunft ertheilt: **Wilh. Mahler,** Berlin N., Invalidenstrasse 121, 283 und **August Langer,** Berlin, Platz vor dem Neuen Thor 3.

H. Guttmann, 9. Brunnenstraße 9, empfiehlt Vereinsstempel, Quittungsstempel Medaillonstempel mit Lassalle, Bebel, Liebknecht u. a. m. zu billigst. Preis. Monogramm-Schablonen, Thürschilder, Gravirung von Inschriften. Entwürfe gratis sofort.

Achtung!

Hierdurch theilen wir allen Parteigenossen mit, daß der
Arbeiter-Verkehrs-Almanach
erschienen und bei Unterzeichneten im Preise von **10 Pf.** pro Stück zu haben ist. Gewerkschaften und Vereine wollen sich daher zeitig an uns wenden.

Wilh. Werner, Sebastianstr. 72. **Aug. Insinger,** Rüdersdorferstr. 45. **Otto Heindorf,** Langestr. 70.

Bettfedern

neue, gut gereinigte, von 60 Pf. an. Fertige Betten, bestehend aus: Deckbett, Unterbett, 2 Kopfkissen, neue gute Federfüllung von **12 M.** an. Vollständiges reines Daunenbett nur **27 M.** Fertige Inletts und Bezüge zu Fabrikpreisen.

Matratzen

Seegrasfüllung, nur **3,75,** Indiafaser- und Roßhaarfüllung, spottbillig. Feldbetten **9 M.** Große Auswahl von Bettstellen, Kinderbettstellen, Steppdecken von **2,75** an. Mein langjähriges Renommee bürgt für strengste Reellität. 66

D. Feibel,
Berlin, Chaussee-Straße 111.
Telephon-Amt IIIb. 948.

Geschäftshaus S. Heine.
Chausseestraße 14.
Die schönsten
Kinderkleider u. -Mäntel
für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröcke, Unterröcke, Blousen und Tricottaillen
auch im Einzelverkauf sehr billig!
Massbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14.
Geschäftshaus S. Heine.

Sophabezüge!

Reste v. 3½—5 Meter **spottbillig.**
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.
[13

Zum
Roth. Cylinderhut

Nur **Hüte**
mit **Arbeiter-Kontrolmarke.**
Größte Auswahl in **Strohhüten.**
Skalitzerstraße 131, neben Frister und Roßmann,
Wilhelm Zapel, Hutmacher.

Rixdorfer!

Hüte mit Arbeiter-Kontrolmarken zu billigsten Preisen bei 1834
M. Loewenthal, Bergstr. 17.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
eigener Fabrik. Gr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Empfehle allen Genossen meine
Glaserei, Spiegel- und Bildereinrahmung.
Verkauf von Bildern bewährter Volksmänner. Besonders empfehlenswerth Sinnsprüche. Neu: Bebel u. Liebknecht, Pendant 37:51 cm hoch. Bestellungen nach auswärts brieflich. 1050
Karl Scholz,
Wrangelstraße 32, Eingang vom Flur.

Rohtabak **A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Grösste Auswahl.**
Garantirt sicher brennende Tabake.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind am 1653 Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Hacke'schen Markt.

Lassalle-, Marx-, Bebel-, Liebknecht-, Singer-Köpfe, als Cig.-Spitze, echt Meersch., à 1,50 M. und besser. Wiederverkäufer Prozente. 1205
B. Günzel, Brunnenstr. 157.

Dem Kämpfer für Freiheit und Recht, Reichstagsabgeordneten
Arthur Stadthagen
zu seinem heutigen Wiegenfeste die 566 herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen von Nieder-Barnim.

Dem Reichstagsabgeordneten des Nieder-Barnimer Kreises, dem Rechtsanwalt 556
Arthur Stadthagen
zu seinem heutigen Feste ein dreimal donnerndes Hoch!
Einige Genossen aus Liebenthal und Hammer.

Ihrem verehrten Vertreter Herrn
Arthur Stadthagen
zum heutigen Geburtstage (baldige Genesung hoffend) senden die herzlichsten Glückwünsche 552
Die Sozialdemokraten Weissensee's.

Versammlung

des **Lese- und Diskutirklubs „Heine"** in Rixdorf am Sonntag, der 25. Mai (1. Pfingstfeiertag), Vormittags 11 Uhr, im Lokal des Herrn Barta, Bergstraße 120. Tagesordnung: 1. Wissenschaftlicher Vortrag: „Der Drang nach Selbstständigkeit." Referent Fritz Krüger. 2. Diskussion. — Gäste, Herren sowohl wie Damen, haben gegen vorherige Lösung einer Einlaßkarte Zutritt. Billets sind bei den Mitgliedern zu haben.
555 **Der Vorstand.**

Grabdenkmäler

in
Marmor, Syenit und Granit
fertigt zu den solidesten Preisen
111 **A. Zabel,**
Schönhauser Allee 168.

Empfehle mein **Bierlokal** sowie Arbeiter-Lesezimmer; sämmtliche Gewerkschafts-Organe liegen aus.
Emil Böhl,
854 Frankfurter Allee 74.

Cigarren
eigener Fabrik von
A. Richter,
Landsberger Allee Nr. 145,
empfiehlt allen Freunden und Genossen seine preiswerthen 5 u. 6 Pf.-Cigarren.

Kalbfleisch, Brust 45 u. 50, Keule u. 55 Pf. à Pfd. täglich frisch Auguststraße 50a im Keller.

Resterhandlung.

Ausnahmsweise billige Burschen- und Knaben-Anzüge, sowie
Reste aller Art.
Karle, Waldemarstr. 66.

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlinds **Andreasstr. 23.**

Vorzüglich. Mehl,

gut kochende Hülsenfrüchte, alle Mühlenfabrikate, Kaffee, Zucker, Chokolade, Vogelfutter, Taubenerbsen, empfiehlt die Mehlhandlung von
H. Mathiees,
70. Grüner Weg 70,
nahe der Koppenstraße.

Ein **Karoussel** mit gutem Stand ist Krankheit halber zu verkaufen. 559
Glaab, Gerichtstraße 75.

Tischlerei mit guter Kundschaft Krankheit halber sofort zu verkaufen Kommandantenstraße 86, Hof 2 Tr.

Altes gangbares Schankgeschäft veränderungshalber sofort billig verkäuflich Gartenstr. 77, parterre.

---

2 Bettstellen mit Federboden billig Breslauerstr. 18a, Verwalter.

Vorderzimmer, 2fenstr., leer oder auch möblirt, an 1 oder 2 Herren zu vermiethen Louisen-Ufer 18, vorn 563 2 Treppen.

Eine möbl. Schlafst. ist zum 1. Juni an 2 ordentl. Herren zu vermiethen bei Frau **Gubela,** Forsterstr. 57.

Zwei anst. Leute (Gesinnungsgen.) finden z. 1. Juni frdl. saub. Schlafst. bei Sorgenfrei, Muskauerstr. 26.

Setzer- oder Korrektor-Stelle

suche v. gleich oder z. Oktober. Gef. Off. unter **A. P.** a. d. Exp. d. Bl. erb.

Kartonarbeiterinnen und -Arbeitern

wird Arbeit nachgewiesen nur durch die Kommission, Andreasstraße 26 bei Holzmann.

Verantwortlicher Redakteur: **Curt Baake** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Pading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 117. Freitag, den 23. Mai 1890. 7. Jahrg.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 22. Mai.

Der Stadtverordneten-Vorsteher, Stadtv. Dr. Stryck, eröffnet die Sitzung nach 5¼ Uhr mit der Mittheilung von dem Ableben des Stadtv. Leddihn und des früheren Stadtv. Fläsche. Die Versammlung ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden einige Naturalisationsgesuche geschäftsordnungsmäßig erledigt.

Der Ausschuß, der die Auswahl der Straßen zur Neu- oder Umpflasterung zu prüfen hatte, erstattet Bericht durch den Stadtv. Langerhans. Er hat einige Abänderungen an dem Plane des Magistrats vorgenommen, welche die Billigung der Versammlung finden.

Die Skizze zum Neubau einer Turnhalle beim Köllnischen Gymnasium wird genehmigt.

Die Erwerbung eines zur Freilegung der Straße 49 zwischen Max- und Liebenwalderstraße erforderlichen Terrains wird beschlossen.

Der Verkauf des hinter den Grundstücken Neue Jakobstraße 12, 13 und 14 belegenen städtischen Grundstücks wird genehmigt.

Der Skizze zum Neubau der Markthalle in der Wörtherstraße wird zugestimmt.

Dagegen wird die Skizze zu dem Neubau einer höheren Bürgerschule auf dem Grundstücke Bellealliancestr. 80, da mehrfache Ausstellungen gegen sie laut werden, einem Ausschuß überwiesen.

Die Projekte zu dem Neubau einer Markthalle in der Eisenbahnstraße, eines Anstaltsgebäudes für jugendliche Epileptiker bei der Heilanstalt zu Biesdorf und einer Gemeinde-Doppelschule werden genehmigt.

Auf die Anfrage des Stadtv. Naß und Genossen, betreffend die Ausführung der Kanalisation im zehnten Radialsystem (Schönhauser Allee), die eine Verzögerung erlitten, wird vom Stadtbaurath Hobrecht dahin beantwortet, daß die Schwierigkeiten jetzt überwunden seien und die Hausanschlüsse jetzt überall gewährt werden würden.

Die Vorlage betreffend die Benutzung der 1. Etage des Kommunalhauses Poststraße 16 und des vom Fiskus zu überweisenden Gebäudes Mühlendamm 33a, bezw. Molkenmarkt 1 zu städtischen Büreauzwecken, sowie die Instandsetzung der Räume im Hause Mühlendamm 33a wird angenommen.

Magistrat beantragt, der Elisabethgemeinde zu Berlin zur Erbauung einer neuen Kirche Terrain am Rande des Humboldthains, und zwar da, wo die Grenzstraße in die Brunnenstraße einmündet, unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Es fehle — heißt es in der Begründung — an monumentalen Bauwerken in der dortigen Gegend ganz, und die Kirche würde „dem Humboldthain nicht nur nicht abträglich" (?) sein, sondern ihm gerade „einen recht schätzenswerthen Anziehungspunkt" (wörtlich!) verleihen.

Stadtv. Vogtherr: Die Vorlage unterscheidet sich von anderen vorangegangenen dadurch, daß zum ersten Male eines Kirchenhauses wegen die Axt an die Bäume eines öffentlichen Parkes, der mit großen Kosten hergestellt, gelegt werden soll. Die Begründung der Vorlage durch den Magistrat ist in jedem Satze anfechtbar. Der Begehrlichkeit von kirchlicher Seite muß Widerstand geleistet werden. Ein Anziehungspunkt wird die Kirche nicht werden, die einem Platze, der seinem Namen nach an die Erholung mahnt, nicht so zur Zierde gereicht, wie sein frisches Grün. Alle übrigen bürgerlichen Kreise sind genöthigt, sich nach der Decke zu strecken; hat die Gemeinde nicht genügend Geld, um sich den Platz zu kaufen, so möge sie eine weniger kostbare Kirche bauen und das ersparte Geld zum Kauf des Platzes verwenden. Oder sie kann auch auf dem jetzt so beliebten Wege einer Lotterie sich das Geld verschaffen. Wer zudem kirchenbedürftig ist, mag diese Vorliebe auch voll bezahlen. Die öffentlichen Plätze sollen der Allgemeinheit dienen, sie sollen Erholungspunkte für die arbeitende Bevölkerung sein. Gerade der Humboldthain war zu diesem Zwecke bestimmt. Als er in's Leben gerufen werden sollte, hieß es in der Begründung mit dünkelhafter Ueberhebung, daß sein Anblick und der Aufenthalt in ihm die arbeitende Bevölkerung über die Sorgen um die materielle Existenz erheben und die Rohheit mildern sollte. (Redner wird vom Vorsteher zur Sache und wegen des Ausdrucks „dünkelhafte Ueberhebung" zur Ordnung gerufen.) Unsere Pflicht ist es, kostbares städtisches Eigenthum vor solchen Beraubungen zu schützen. (Unruhe.)

Der Antrag des Magistrats wird ohne weitere Debatte genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Schluß 6¾ Uhr.

Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Lokales.

Lettre de cachet. Von allen Waffen, die das alte feudale Staatswesen gegen die revolutionären Geister schwang, waren die lettres de cachet, die geheimen Verhaftsbefehle am meisten verabscheut und gefürchtet. Wie in späteren Jahren große Staatsmänner ihre lithographirten Strafanträge, so hatten die Machthaber des feudalen Regimes ihre Blankets vorräthig, in welche nur der Name des zu Verhaftenden eingetragen zu werden brauchte, um sofort zur Ausführung zu gelangen. Naturgemäß waren es hauptsächlich Vertreter des Bürgerthums, die durch Wort oder Schrift an den Grundlagen der alten Weltordnung gerüttelt hatten, welche durch die Verhaftsbefehle unschädlich gemacht wurden. Bürgerliche Dichter und Schriftsteller haben denn auch in allen Tonarten, vom rührseligsten Roman bis zur beißenden Satire, gegen derartige Verhaftungen geeifert, und die Qualen geschildert, welche die Unglücklichen zu erdulden hatten, die durch Verhaftsbefehle mitten aus dem Leben herausgerissen, und hinter Kerkermauern in Sicherheit gebracht wurden. Nachdem aber das Bürgerthum zur Macht gelangt ist, und sich durch die Emanzipationsbestrebungen des vierten Standes in seiner Existenz bedroht sieht, beginnen seine Vertreter mit wahrer Inbrunst für Verhaftsbefehle zu schwärmen. So fordert in der „Eisenzeitung" ein Vollblutbourgeois ein Gesetz, „nach welchem jeder sofort in Untersuchungshaft genommen wird, der hinreichend verdächtig erscheint, andere Arbeiter, die arbeiten wollen, belästigt zu haben. Den Anzeig, den Belästiger zu verhaften, muß Jedermann stellen können." Dieser „Jedermann" ist natürlich niemand anders, als der Unternehmer, der aus väterlicher Fürsorge den Verhaftungsantrag stellt, „weil der Belästigte aus Angst vor späteren Chikanen meist nicht dazu zu bewegen ist." Das ist deutlich gesprochen und giebt eine klare Vorstellung, wie die Unternehmerkreise sich eine Sozialreform vorstellen. Zu Nutz und Frommen für Jedermann und zum Beweise dafür, was heute schon möglich ist, möge der folgende Vorfall dienen. Am 25. v. Mts. legten in der Telegraphenbauanstalt von Mix u. Genest hier die Arbeiter die Arbeit nieder. Zu den Streikenden gehörten auch die Metallarbeiter Ullrich und Milis, die sich nach drei Tagen, am 28. April Mittags, auf der Straße trafen, und da sie nach einer Richtung zu gehen hatten, gemeinsam eine Strecke Weg zurücklegten. Die Unterhaltung drehte sich, wie dies in der Natur der Sache lag, um den Streik, seine Aussichten, seine Folgen u. s. w. Bei dieser Gelegenheit gedachte der U. auch mit einigen kräftigen Worten der etwaigen Streikbrecher. Am folgenden Morgen ging U. nach der Fabrik, um seine Sachen und seinen rückständigen Lohn zu holen. Kaum hatte er jedoch dem Meister H. sein Anliegen vorgetragen, als dieser „raus, raus" rief, und selbst dem Ausgange zustürmte. U., der sich dieses Benehmen nicht recht erklären konnte, folgte kopfschüttelnd, sollte aber nicht weit kommen, denn beim Ausgang aus der Fabrik wurde er verhaftet. Auf der Polizeiwache klärte sich der Sachverhalt dahin auf: M. hatte die Arbeit wieder aufgenommen und die Worte, die U. Tags zuvor zu seinem ehemaligen Kollegen gesprochen hatte, sollten darauf berechnet gewesen sein, dem M. die Wiederaufnahme der Arbeit zu verleiden. U. bestritt natürlich ganz entschieden diese ihm unterschobene Absicht, wurde aber auf der Polizeiwache behalten und Nachmittags per grünen Wagen nach dem Polizeipräsidium überführt. Spät in der Nacht fand eine Vernehmung statt, über die wir für heute uns jeder Aeußerung enthalten wollen. Nach der Vernehmung war U. vor Hunger einer Ohnmacht nahe, denn außer dem halben Milchbrod, das er zum Morgenkaffee gegessen, hatte er den ganzen Tag über nichts genossen. Endlich um 12½ Uhr Nachts wurde ihm eine Zelle angewiesen. Am anderen Morgen wurde das bekannte Brod verabfolgt und U. Mittags wiederum durch den grünen Wagen nach Moabit transportirt. Die Nacht zum 1. Mai verbrachte U. mit noch 2 Inhaftirten in einer Kellerzelle. Am 1. Mai wurde ihm eine Einzelzelle angewiesen, aber erst am 2. wurde er dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Nach Verlesung der Anklage machte U. zwar den Versuch, die Sache von seiner Seite richtig zu stellen, hatte damit aber wenig Erfolg. Es wurde vielmehr die Fortsetzung der Haft beschlossen und U. für Fluchtverdächtig erklärt, obgleich er seine Wohnung niemals für längere Zeit verlassen hatte und der Ernährer seiner alten Mutter war. Um wenigstens die letztere über sein Ausbleiben zu beruhigen, bat U., nachdem die Verlängerung seiner Haft beschlossen war, sofort am 2. um die Erlaubniß einen Brief schreiben zu dürfen, diese Erlaubniß wurde richtig bereits am 6. ertheilt, so daß der Brief am 8. in die Hände des Adressaten gelangte. Mittelerweiler hatten aber die Anverwandten des U. Tage quälender Sorge um den verschollenen Sohn und Bruder verlebt, bis es ihnen nach langer Mühe gelungen war, festzustellen, daß derselbe sich im Untersuchungsgefängniß zu Moabit befand. Hierauf zahlte der Bruder des U. sofort 5 Mark ein, damit sich der Inhaftirte diejenigen Erleichterungen der Haft verschaffen könne, die reglementmäßig gestattet sind. Von diesem am 5. Mai eingezahlten Gelde wurden dem Inhaftirten am 10. die ersten Vergünstigungen zu Theil. Am 10. begab sich, wie mitgetheilt wird, der vom Bruder des U. angenommene Rechtsanwalt H. nach Moabit, wurde aber mit dem Bemerken abgewiesen, daß die Sache noch nicht spruchreif sei. Ebenfalls am 10. wurde dem Inhaftirten durch die Klappe seiner Zellenthür ein Schriftstück zugeschoben, in dem ihm mitgetheilt wurde, daß laut Beschluß vom 7. Mai das Hauptverfahren eröffnet und die Verhandlung am 12. stattfinden werde. Auf der Außenseite trug das Schriftstück folgenden Vermerk:

„Nachstehendes Schriftstück mit Abschrift dieser Zustellungsurkunde habe ich heute hier im Auftrage des königlichen Amtsgerichts I Abtheilung 93 hierselbst, zum Zwecke der Zustellung an den Arbeiter U., zur Zeit hier im Untersuchungsgefängniß in Untersuchungshaft befindlich, diesem in Person übergeben und auf Verlangen vorgelesen. Der Angeklagte befragt, ob und welche Anträge er in Bezug auf seine Vertheidigung für die Hauptverhandlung zu stellen habe, erklärte: Nichts."

Das war dem Inhaftirten denn doch zu stark, und er ließ sich sofort dem Gerichtsschreiber vorführen, um energischen Protest gegen den zitirten Vermerk einzulegen und es nach langem Hin- und Herreden durchzusetzen, daß ihm gestattet wurde, eine Rohrpostkarte an seine Verwandten abzusenden mit der Mittheilung, daß die Verhandlung bereits am Montag stattfände, und mit der Bitte, einen Vertheidiger zu stellen. Am 12. erschien denn auch, eine Stunde vor der Verhandlung, der Rechtsanwalt H., um noch schnell Einblick in die Akten zu nehmen. Die Verhandlung selbst gestaltete sich äußerst kurz und einfach. Der Hauptzeuge M. erklärte unter Eid, daß der Angeklagte U. nur ganz allgemein mit ihm gesprochen, und in keiner Weise auf ihn eingewirkt habe. Der Angeklagte wurde darauf freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. — Zwei Dinge sind es, die bei Betrachtung dieses Prozesses besonders in die Augen springen. Hoch klingt das Loblied, daß der bürgerlichen Weltordnung von den Vertheidigern derselben gesungen wird. Alles, was vordem war, wird grau in grau gemalt. Und in der That, wenn man eine Parallele zieht zwischen dem Prozeß des bekannten Beaumarchais, der vor hundert Jahren auf Grund eines lettre de caches in die berüchtigte Bastille geworfen wurde, und dennoch nicht nur in der Lage war, während seiner Haft die beißendsten Pamphlete gegen seine Ankläger zu schleudern, sondern auch täglich so und so viel Stunden in Freiheit zubrachte, um Vertheidigungsmaterial herbeizuschaffen — und dem Prozeß eines Arbeiters am Ende des 19. Jahrhunderts, dann muß man in der That mit Wagner im „Faust" sagen, daß wir es doch zuletzt herrlich weit gebracht haben. Eine andere Frage ist, wie es überhaupt möglich ist, daß solche Prozesse, wie der oben geschilderte, zu Stande kommen können.

Da werden da oder dort einige, vielleicht nicht ganz parlamentarische Aeußerungen ausgetauscht, bei dem Weitererzählen fallen auch einige Brocken in die gierig gespitzten Ohren irgend eines Aufsehers, Meisters oder dergleichen. Flugs wird ein Schriftstück aufgesetzt, der erste Erzähler wird zitirt, und ohne zu verstehen, daß die Aeußerungen in der Form, wie sie da niedergeschrieben sind, in der That Strafbares enthalten, sagt der Betreffende in seiner Bestürzung zu allem Ja und Amen. Nun wird das Schriftstück der Behörde eingereicht und der gewaltige behördliche Apparat setzt sich in Bewegung. Geht man zu passender Zeit einem solchen mythischen Gebilde etwas energisch zu Leibe, dann zerplatzt das Ganze wie eine Seifenblase. Und nun bedenke man, was eintreten würde, wenn der in der „Eisenzeitung" gemachte Vorschlag zum Gesetz erhoben würde; wenn „Jedermann" wegen „Belästigung" eines nicht streikenden Arbeiters berechtigt wäre, Strafanträge zu stellen. Wir würden Zuständen entgegengehen, gegen welche die Periode der lettres de caches als goldenes Zeitalter erscheinen würde.

Einverstanden, wenn auch in etwas anderem Sinne, sind wir mit den Ausführungen der „Eisenzeitung", daß der gegenwärtige Zustand mit Rücksicht auf unser „aufgeklärtes" Zeitalter als „kläglich" bezeichnet werden muß.

Die Lokalkommission von Pankow ersucht um Aufnahme des Folgenden. Zum bevorstehenden Pfingstfest ersuchen wir die Berliner Genossen, Pankow möglichst zu meiden, da kein Gastwirth sein Lokal zu einer Versammlung hergiebt. Das Volksblatt liegt nur aus beim Gastwirth Borchardt, Schulzenstr. 28. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Schönhausen; hier hält nur der Gastwirth Müller, Kaiserin-Augustastraße das Volksblatt.

Achtung Arbeiter! In Schöneberg steht den Arbeitern weiter kein Saal zur Verfügung wie die Schloßbrauerei. Wir bitten die Genossen, während der Feiertage ihre Erholung dort zu suchen. Es findet am 1. Feiertag ein Frühkonzert daselbst statt. Die Lokalkommission J. A. Alb. Schmidt, Nollendorfstraße 18.

Der Arbeiter-Gesangverein „Hoffnung" zu Friedrichsberg veranstaltet am Montag, dem 2. Pfingstfeiertag, im Konzertpark Viktoria (früher Ostendpark) Frankfurter Allee 72—73 ein großes Vokal- und Instrumentalkonzert. Alle Freunde eines wirklichen gediegenen Vergnügens sind hierzu freundlichst eingeladen.

An Schmuckplätzen besitzt jetzt Berlin, wie wir aus dem soeben erschienenen zweiten Theil des Verwaltungsberichts für die Jahre 1882—1888 ersehen, eine Fläche von 34½ ha, das heißt 10½ ha mehr, als gegen Ende des Jahres 1881, wo sie 24 ha bedeckten. In derselben Zeit sind die Baumpflanzungen an den Straßen um 6532 Stück Bäume vermehrt worden. Das Material für diese Schmuckanlagen ist aus den städtischen Baumschulen und namentlich aus dem Plänterwald bei Treptow entnommen worden. Es bestand in gegen 2 Millionen Gehölzexemplaren verschiedenster Art und Größe, deren Werth auf ca. 400 000 M zu schätzen ist. Auch die Spielplätze für die Jugend sind wesentlich vermehrt worden. Im Treptower Park ist eine große Fläche dafür bestimmt, ähnliche große Spielplätze bestehen in Friedrichs- und Humboldtshain in einem Umfange von 1,6 ha und bezw 2⅓ ha: kleinere auf dem alten Sophien- und Jakobikirchhof, auch in der Umgebung mehrerer Kirchen und auf breiten Alleen. Während der 7 Jahre ist für die Unterhaltung sämmtlicher der städtischen Gartendeputation unterstellten Schmuckanlagen eine Summe von 1 725 029 M. verausgabt worden, also durchschnittlich jährlich 287 505 M.

Die größten Umwälzungen an der Potsdamer Bahn gehen jetzt in Zehlendorf und Groß-Lichterfelde vor sich. In beiden Ortschaften handelt es sich um eine Herstellung der Unterführung der Hauptverkehrsstraßen, und so sind denn die meisten Erdarbeiter an diesen beiden Punkten beschäftigt. Sehr schwierig und den Verkehr hemmend wird sich in Zehlendorf die Ausschachtung nach der Haupt- und der Teltowerstraße hin gestalten, und ist es nicht ausgeschlossen, daß hier für einige Zeit der ganze Verkehr gesperrt und nur eine Nothbrücke für die Fußgänger offen bleibt. Auch der neue Bahnhof soll noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden; er wird seinen Platz von der rechten Seite von Berlin aus, also schrägüber dem jetzigen Bahnhof erhalten, und wesentlich der Bahnhofsanlage in Steglitz gleichen. Groß-Lichterfelde hingegen dürfte wohl keinen neuen Bahnhof erhalten. Die Innenräume des jetzigen werden gegenwärtig renovirt und genügen im Uebrigen vollständig für diese Station, auf der selten oder nie ein eigentlicher Massenverkehr zu bewältigen ist. Neben dem Bahnhof wird auch hier mit allen Kräften an der Straßenunterführung gearbeitet. Die neue Bahnböschung ist jetzt ebenfalls zum größten Theil fertig gestellt. Einen besonders schnellen Fortgang der Arbeiten aber nimmt man in der Nähe des Potsdamer Bahnhofs in Berlin selbst wahr. Hier ist die neue Anlage für den Stadt- und Ringbahnverkehr im Rohbau zum größten Theil vollendet. An den mehr als dreißig Bahnbogen, die hinter dem Güterbahnhof erbaut sind, kann man bereits die neue Fahrstraße verfolgen, die später die Stadt- und Ringbahnzüge von der Bülowstraße bis zu ihrer Einfahrt in den Potsdamer Bahnhof zurücklegen werden. Auch das neue Bahngebäude am Hafenplatz ist im Rohbau fertig. Hoffentlich trägt die endliche Beschleunigung der Arbeiten dazu bei, daß die Bauthätigkeit in den betreffenden Vororten, die durch die Ungewißheit über die künftigen Verhältnisse wesentlich beeinträchtigt wurde, sich wieder vortheilhaft hebt und belebt.

Der Saatenstand in der Umgebung Berlins ist in diesem Jahre bereits sehr weit vorgeschritten. Roggen hatte schon zu Anfang Mai Aehren angesetzt und steht schon nahezu in Blüthe, während auf einigen günstig gelegenen Feldern bereits „blühende Saat" zu finden ist. Allgemein hofft man mit der Ernte Ende Juni bis Anfangs Juli beginnen zu können, ebenso vorzüglich und ergiebig fällt Weizen aus. Auch die Obsternte verspricht in diesem Jahre eine recht gute zu werden, nach den Fruchtansätzen zu schließen, welche der Baumblüthe gefolgt sind.

Die Panke! Die Panke muß wieder einmal gereinigt werden. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: „Im gesundheitspolizeilichen Interesse muß eine erneute Räumung der Panke erfolgen, welche auch diesmal, und zwar unter Vorbehalt aller Rechte der Stadtgemeinde an die Verpflichteten, durch den hiesigen Magistrat bewirkt werden wird. Die Eigenthümer der an der Panke belegenen Grundstücke werden daher aufgefordert, den mit der Räumung beauftragten Personen den Zutritt, beziehungsweise die Zufahrt zu dem Flusse zu gestatten und überhaupt das Räumungswerk nach Möglichkeit zu fördern."

Pilz-Fälschungen. Wie das kgl. Polizeipräsidium warnend mittheilt, werden hier vielfach als „getrocknete Morcheln" nicht echte Morcheln, sondern die ihnen äußerlich ähnlichen Lorcheln feilgehalten, deren Genuß, besonders wenn denselben alte, ausgewachsene, wurmstichige und faule Exemplare beigemengt sind, leicht für die Gesundheit gefährliche Folgen haben kann. — Ebenso werden als getrocknete „Champignons" außerordentlich häufig nicht diese, sondern die zerschnittenen Stiele und Hüte des Steinpilzes nach Entfernung der Röhrenlamellen verkauft, welchen gelegentlich auch giftige Pilze, wie der „Hörnling", der „Knollenblätterschwamm" u. a. beigemengt sind. Es wird daher die größte Vorsicht nicht nur beim Einsammeln, wobei alle verdorbenen und schädlichen Exemplare fern zu halten sind, sondern auch für den Genuß derartiger Pilze anzuwenden sein, und es empfiehlt sich, die frischen wie die getrockneten Pilze durch kochendes und kaltes Wasser zu reinigen und eventuell aufzufrischen, um alsdann alle ungesund aussehenden Stücke zu entfernen. Hierbei sei bemerkt, daß das Fleisch des eßbaren Steinpilzes nach dem Trocknen weiß bleibt, während seine gefährlichen Nebenarten blau zu werden pflegen.

Die wichtige Frage der Abwehr gegen die Belästigung durch Rauch und Ruß in den Städten ist neuerdings allerorten in lebhaften Fluß gekommen, seitdem der Verband der Architekten- und Ingenieur-Vereine diese Angelegenheit zur Behandlung in seinen Arbeitsplan aufgenommen hat. In Sachsen sind seitens der Staatsregierung 7000 M. für praktische Versuche zur Verfügung gestellt worden, in England hat sich mit großen Mitteln ein Verein gebildet, welcher rauchverzehrende Vorkehrungen für die Feuerstätten der großen Werke prüfen und Verbesserungen durch Preisausschreiben anstreben soll, und in Wien ist ebenfalls ein Ausschuß von Heizingenieuren und praktisch erfahrenen Technikern eingesetzt worden, der unlängst ein Gutachten erstattet hat. Es geht daraus hervor, daß man dort ebenso wie in Berlin die Sache noch nicht für spruchreif ansieht, zumal die weitergehenden Ermittelungen für bestimmte Städte zu dem Ergebniß führten, daß in Orten, wie beispielsweise Dresden, Basel und Gera die Rußbelästigung durch die Stuben- und Küchenfeuerungen kaum geringer sein dürfte, als diejenige aus Fabrikschornsteinen. Bei den großen Feuerungsanlagen der Fabriken wird die richtige Be-

messung der Größe der Heizfläche als Hauptsache hingestellt, im Uebrigen aber zugegeben, daß gewisse Uebelstände bei dem heutigen Stand der Heiztechnik wohl nicht völlig zu beseitigen sein werden. So erwartet Fr. Siemens eine vollkommene Rauchverhinderung nur bei allgemeiner Einführung der Gasfeuerung mit zentraler Gaserzeugung.

Der letzte Rest der ehemaligen „Königsmauer“ verschwindet nunmehr von der Bildfläche. Es ist dies das an der Ecke der Kalandsgasse und Neuen Friedrichstraße belegene Gebäude, welches zur Zeit niedergerissen wird, um einem palastartigen Neubau Platz zu machen. Ebenso werden jetzt die uralten Gebäude in der Neuen Friedrichstraße von der Kaiser-Wilhelmstraße bis zu der Gemeindeschule Nr. 27—31 niedergerissen, um Geschäftshäusern Platz zu machen.

Erkrankungen an Brechdurchfällen kommen in den verschiedenen Stadttheilen bei der jüngst eingetretenen Hitze jetzt schon vor. Es ist daher an der Zeit, die Mütter zur Vorsicht zu ermahnen. In den seltensten Fällen tritt die gefahrvolle Krankheit plötzlich auf, sondern sie bildet sich erst durch Vernachlässigung einfacher Magen- oder Darmkatarrhe, deren Ursprung wiederum häufig in der schlechten Beschaffenheit der Milch zu suchen ist. Die Mütter glauben jedoch an die alt hergebrachte Weibergeschichte, daß die Durchfälle mit dem Zahnen der Kinder zusammenhängen und daß dieselben um keinen Preis unterdrückt werden dürfen. Diese Ansicht ist grundfalsch und trägt leider die Schuld, daß jährlich Tausende der Kleinen dem tückischen Brechdurchfall erliegen. Gerade beim Zahnen der Kinder bilden sich durch die krankhafte Speichelbildung Katarrhe, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Es ist rechtzeitig nicht nur in diesem Falle, sondern überhaupt dann die Hilfe des Arztes in Anspruch zu nehmen.

In der Berliner Medizinischen Gesellschaft stellte vorgestern Abend u. A. Privatdozent Dr. Uhthoff eine junge Dame vor. Die Patientin hatte im Oktober vorigen Jahres in Hannover starkes Fieber bekommen und auf Anrathen von Bekannten ziemlich beträchtliche Dosen von Chinin eingenommen. Infolge dessen trat eine derartige Verminderung des Sehvermögens ein, daß die Dame auch jetzt noch sehr wenig sehen kann. Es erregte dieser Fall ganz besonderes Interesse, weil in unseren Ländern, wo der Chiningenuß nur sehr gering ist, solche Erscheinungen zu den Seltenheiten gehören. Sehr interessant war ein Vortrag von Dr. Bröse über die Verwendbarkeit der von Dynamomaschinen produzirten Elektrizität zu medizinischen Zwecken. Der Redner erläuterte die Methode, nach welcher es möglich ist, den beispielsweise von den Elektrizitätswerken nach der Taubenstraße geleiteten sehr starken Strom so zu modifiziren, daß er vermittels eines im Zimmer aufgestellten Apparats jederzeit zu medizinischen Zwecken verwendet werden kann. Es wird gar nicht lange dauern, bis man in jedem Krankenhause einen solchen Apparat hat, um den zur Beleuchtung bestimmten Strom auch für andere Zwecke dienstbar zu machen.

Eine Einrichtung der alten Berliner Wochenmärkte, der Handel mit gekochtem Kaffee, schien seit der Eröffnung der Markthallen beseitigt zu sein. Das Bedürfniß für dieses Getränk ist aber auch bei den in den Markthallen ausstehenden Händlerinnen ein so ausgesprochenes, daß sich die Markthallen-Verwaltung diesem Handel nicht länger hat widersetzen können. Seit einigen Tagen sind Anschläge in den Markthallen angebracht folgenden Inhalts: „Der Handel mit gekochtem Kaffee im Umhergehen in den Markthallen ist nur gegen Entrichtung einer Gebühr von 1 M. 25 Pf. pro Person und Tag gestattet.“ — Auch in der heißen Jahreszeit ist gekochter Kaffee, kalt genossen, ein erfrischendes und deshalb bei den Händlerinnen beliebtes Getränk.

Die Katzenplage greift in unserer Stadt immer weiter um sich und namentlich haben darunter die Parkanlagen zu leiden. Im Bethanien-Park war es vor einigen Jahren gelungen, durch die Anbringung von Brutkästen einige Nachtigallen-Pärchen dort zur Ansiedelung zu bewegen; im vorigen Jahre nistete nur ein Nachtigallen-Pärchen dort, in diesem Jahre keines. Dafür amüsirt sich aber allabendlich die liebe Jugend damit, Katzen, die sich dort auf den Bäumen herumtreiben, mit Steinwürfen zu verjagen. Aehnlich liegen diese Verhältnisse im Schlesischen Busch und im Treptower Park, wo wegen des Fehlens der zur Raupenvertilgung nöthigen Vögel ganze Strecken in den Anpflanzungen von Raupen kahl gefressen sind. Auch hier haben die zahlreich umherstreichenden Katzen die nothwendigen und nützlichen Vögel verscheucht. In der Stadt selbst verursachen die Katzen nicht wenig Aerger. Ein Fleischermeister in der Sebastianstraße verscheuchte vor einigen Wochen eine fremde Katze aus seinem Vorrathskeller. Eine ältere Dame, deren Mitgefühl für das Thier dadurch lebhaft erregt wurde, erzählte diese furchtbare Schandthat ihren katzenbesitzenden Nachbarinnen und als diese, die Frühlingsneigungen ihrer Hausthiere nicht kennend, dieselben einige Tage lang vermißten, da erzählten sich die Spatzen von den Dächern, daß es mit der Wurst des Fleischermeisters nicht richtig sei und bezeichnete dieselben analog dem bekannten „Hotteh..“ mit „Miau“. Der Fleischermeister suchte diese Klatschereien eine Zeit lang zu ignoriren. Als aber die Andeutungen immer dreister wurden, beschritt er den Weg der Verleumdungsklage. Inzwischen haben sich einige der vermißten Katzen bei ihren Besitzerinnen auch wieder eingefunden nach wochenlanger Abwesenheit. Ohne Zweifel haben die räuberischen Thiere während dieser Zeit in den nächsten Parkanlagen dem Vogelfange neben anderen Dingen obgelegen. So lange diese sich frei umhertreibenden Katzen nicht einfach weggefangen oder getödtet werden dürfen, so lange wird man Singvögel für unsere Parkanlagen dauernd nicht gewinnen.

In dem oft berührten Mordprozeß Ziethen-Elberfeld ist am Mittwoch dem Vertheidiger des Ziethen, Fritz Friedmann, der Beschluß des Strafsenats des Oberlandesgerichts zu Köln übermittelt worden, welcher darauf hinaus kommt, daß auch auf die letzten neuen Anträge hin das Wiederaufnahme-Verfahren abgelehnt ist. Mit diesem Beschluß dürfte die Angelegenheit als erledigt zu betrachten sein.

Zwei Knaben ertrunken! In Tempelhof sind gestern Mittag zwei Knaben, mit Namen Hartwig und Specht, beim Baden im Höft'schen Teich ertrunken. Beide standen im Alter von ungefähr 12 Jahren. Die Leichen der ertrunkenen Knaben wurden nach Verlauf einer halben Stunde herausgefischt. Wiederbelebungsversuche blieben leider erfolglos.

Ueber ein Pistolenduell, das am Dienstag Morgen gegen 6 Uhr in der Jungfernhaide ausgefochten wurde, schreibt man dem „D. T.“: „Auf meinem Spaziergang heute Morgen nach Saatwinkel wurde ich zufällig Zeuge eines Pistolenduells. Es war gegen halb 6 Uhr. Ich schlenderte guten Muthes durch die Jungfernhaide in der Nähe der Schießstände der Garde-Füsiliere, da hörte ich ein Kommando und dann zwei Schüsse. Ich schlich mich näher und sah gerade noch, wie die Paukanten frisch geladene Pistolen erhielten. Die Sekundanten zogen sich zurück und nach abermaligem Zählen ertönten zu gleicher Zeit zwei Schüsse. Genau konnte ich bemerken, wie der eine der Paukanten, ein Herr in graublauem Anzug mit großem rothblonden Schnurrbart, zusammenzuckte und die Pistole fallen ließ. Sowohl die Sekundanten, als auch der Gegner, ein kleinerer Herr in dunklem Gehrock und weichem braunen Hute, sprangen hinzu. Es muß nur ein leichter Streifschuß am rechten Arm gewesen sein, denn der Verletzte blieb ganz ruhig stehen und ließ sich einen leichten Verband anlegen. Dann gingen die beiden Gegner Arm in Arm und in ziemlich heiterer Stimmung vom Platze.“

Ein geheimnißvoller Besuch hat dieser Tage die Bewohner unseres Vorortes Alt-Landsberg in Aufregung versetzt. Als in der Nacht um 12 Uhr der Knecht des Ackerbürgers K. nach Hause kam, hörte er in seiner Stube ein Geräusch, als ob sich dort Jemand zu schaffen machte. Auf seine Frage: „Wer ist da?“ wurde ihm erwidert: „Ick bin et ja!“ Zugleich sah er zwei ihm unbekannte Männer sich durchs Zimmer bewegen. Schleunigst rief er noch Jemanden zu Hilfe, während er von außen die Thür verschloß. Inzwischen waren die beiden seltsamen Gäste durchs Fenster gesprungen und hatten einen Baum erklettert, von dem sie gutwillig nicht herunterwollten. Es blieb nichts übrig, als Gewalt anzuwenden, und nach hartnäckigem Widerstande gelang es endlich, die windigen Gesellen festzunehmen. Sie wurden sofort als stark verdächtig in den Alt-Landsberger Thurm eingeliefert und mit Handschellen versichert. Man merkte alsbald, daß man es mit sehr „gerissenen Brüdern“ zu thun hatte. Der Eine, welcher im Parterre untergebracht war, machte sich mit Aufbietung aller Kräfte von den Handfesseln frei, und zwar so gewaltsam, daß Fleisch und Blut daran haften blieb. Als der Wärter die Zelle aufschloß, stieß der Gefangene ihn mit einer Eisenstange zurück und entwich so schnell, daß man ihn nicht mehr einzuholen vermochte. Ein berittener Polizeibeamter setzte alsdann dem Flüchtigen nach. Nun sah man sich auch veranlaßt, dem zweiten lockeren Vogel auf die Bude zu rücken. Man fand diesen Gefangenen in eifrigster Arbeit. Er hatte bereits den Ofen abgedeckt und war eben dabei, durchs Rohr in den Schornstein zu steigen, und auf diesem luftigen Wege zu entschlüpfen. Der pfiffige Plan wurde indeß noch rechtzeitig vereitelt. Die beiden Burschen hatten, nach ihrer Kleidung zu urtheilen, keineswegs das Aussehen vagabondirender Gesellen.

Polizeibericht. Am 19. d. M. Abends fiel ein zweijähriges Mädchen beim Spielen auf dem im vierten Stock belegenen Treppenflur des Hauses Potsdamerstr. 138 durch die Sprossen des Geländers etwa drei Meter tief hinab und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen es nach kurzer Zeit verstarb. — Am 20. d. M. Nachmittags wurde der Arbeiter Schweizer beim Einfahren eines mit Kisten hochbeladenen Wagens in den Thorweg des Grundstücks Zimmerstr. 88 gegen einen Vorsprung der Decke gedrückt, so daß er bedeutende innere und äußere Verletzungen erlitt und nach der Charitee gebracht werden mußte. Am 21. d. M. Abends fiel ein Mann vor dem Grundstück Bankstraße 8 beim Besteigen eines in der Fahrt befindlichen Möbelwagens von demselben herab und erlitt durch Ueberfahren eine Quetschung des rechten Knies. — Im Laufe des Tages fanden an fünf verschiedenen Stellen kleinere Feuer statt.

Gerichts-Zeitung.

Von der Firma Jauns und Friedrich, Friedrichstraße, sind vier Arbeiter gemaßregelt worden, weil sie am 1. Mai feierten. Drei davon beanspruchten ein Zeugniß, welches sie erhielten, jedoch den Passus enthaltend, daß die Entlassung erfolgt sei, weil sie am 1. Mai nicht gearbeitet haben. Die Arbeiter wurden daraufhin beim Gewerbegericht klagbar, auf Ausstellung eines anderen Zeugnisses und Entschädigung für jeden Tag der Verzögerung. Die Prinzipale wurden beim Termin zur Ausstellung eines anderen Zeugnisses verurtheilt. In Betreff der Entschädigung wurde den Arbeitern erklärt, eine besondere Klage beim Amtsgericht einzureichen, jedoch nur, wenn sie den Beweis liefern könnten, daß sie auf das betreffende Zeugniß keine Arbeit erhalten, aber auf ein anderes Zeugniß eingestellt worden wären. Dies zur Belehrung für Genossen, die in eine ähnliche Lage gerathen.

„Unbegreiflich!“ So hatte die „Vossische Zeitung“ einen Leitartikel in ihrer Nummer vom 28. Januar d. J. überschrieben, durch welchen sich der Herausgeber der „Staaten-Korrespondenz“, Herr Schunk, beleidigt fühlte und deshalb eine Privatklage gegen den Chefredakteur Friedrich Stephany angestrengt hatte. Letztere beschäftigte gestern die 98. Abtheilung des hiesigen Amtsgerichts. — Es war zur Zeit, als der freikonservative Abgeordnete Prinz zu Schönaich-Carolath im Reichstage so kräftig das Streberthum gegeißelt und damit in der bis dahin ihm befreundeten Presse einen Sturm der Polemik entfesselt hatte. Auch die „Staaten-Korrespondenz“ verspottete den Prinzen wegen der angeblichen Händedrücke, welche der Abgeordnete Dietz dem Prinzen gespendet haben sollte und wegen des zustimmenden Augenblinzeln eines freisinnigen Volksvertreters und da diese Auslassung der „Staaten-Korrespondenz“ in der Kreuzzeitung abgedruckt wurde, zog die „Vossische Zeitung“ gegen diese Art des Kampfes zu Felde. In dem betreffenden Artikel war nun auch von „anrüchigen Korrespondenzen“ und von „einer Korrespondenz, über deren Charakter in der Presse wenig Meinungsverschiedenheit herrsche“ die Rede und diese Ausdrücke bezog Herr Schunk auf sich und fühlte sich dadurch beleidigt. — Herr Stephany bestritt zunächst die Aktivlegitimation des Privatklägers, weil eine Zeitung, und auch eine derartige Korrespondenz ein unpersönlicher Begriff sei. Er selbst habe in seiner bekannten Klagesache gegen den Prof. Ad. Wagner vom Kammergericht die Belehrung erhalten, daß eine Zeitung als solche nicht beleidigt werden kann und der verantwortliche Redakteur nur dann klagen könne, wenn der Angriff deutlich erkennbar gegen seine Person gerichtet oder er der Verfasser des kritisirten Artikels gewesen ist. Die betr. Entscheidung, welche die Frage der Aktiv-Legitimation klipp und klar entscheide, stehe im 5. Bande der Kammergerichts-Entscheidungen abgedruckt und passe genau auf diesen Fall. Im Uebrigen habe es sich in dem Artikel der „Voss. Ztg.“ gar nicht um die „Staaten-Korrespondenz“ als solche gehandelt, sondern um einige in derselben veröffentlichte Artikel, welche stigmatisirt werden sollten, weil sie denunziatorischer Natur sind. Nur dieses Genre von Artikeln, welche er für schimpflich halte, habe er der Oeffentlichkeit gegenüber kennzeichnen wollen. — Rechtsanwalt Näyell hielt das kammergerichtliche Erkenntniß nicht für zutreffend, da Herr Schunk gleichzeitig Herausgeber und Redakteur der „Staaten-Korrespondenz“ sei. Er meinte, es sei klar, daß der Kläger persönlich getroffen werden sollte, weil dem Verklagten ein Organ, welches konservative Blätter unterstütze, jedenfalls nicht angenehm gewesen sei und in dem Artikel daher nicht nur eine politische, sondern gewissermaßen auch eine „geschäftliche“ Gegnerschaft zum Ausdruck komme. — Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Wisco hielt die rechtlichen Bedenken des Angeklagten für durchaus zutreffend. Nach dem Kammergerichts-Erkenntniß sei es gar nicht zweifelhaft, daß der Kläger keine Aktiv-Legitimation besitze, um so weniger, als die „Staaten-Korr.“ in dem ganzen Artikel überhaupt nicht genannt sei. Daß Herr Schunk diese Korrespondenz nicht allein herstelle, derselbe vielmehr Mitarbeiter habe, liege auf der Hand, sei auch durch die s. Z. von der „V.-Z.“ veröffentlichte Einladung zur Mitarbeiterschaft“, deren eine sogar an einen Anarchisten in London gegangen war, klar gelegt worden. Auch die selbstständige Verfasserschaft des betr. Artikels in der „Staaten-Korrespondenz“ werde Herr Schunk nicht behaupten können, denn der Stil dieses Artikels sei durchaus fehlerlos und steche vortheilhaft von dem Stil in der erwähnten Einladung ab. Im übrigen sei es durchaus richtig, daß die „Vossische Zeitung“ nur die denunziatorischen Artikel der „Staaten-Korrespondenz“ gewissermaßen stigmatisiren wollte und dazu gehörte auch der äußerst denunziatorische Artikel gegen den Prinzen Schönaich-Carolath. Auch gegen andere Personen habe die Korrespondenz des Klägers denunziatorische Artikel gebracht, so zum Beispiel gegen den Redakteur der „Volks-Zeitung“, Dr. Mehring, auf dessen baldigst nothwendige Ausweisung die Behörden aufmerksam gemacht wurden. Dr. Mehring habe einen Artikel, welcher diese Thatsache festnagelte, mit den Worten geschlossen: „Ein nettes Schusterle, nicht wahr?“, von der Staaten-Korrespondenz sei aber kein Schritt unternommen worden, um gegen Dr. Mehring vorzugehen. Um so mehr müsse deren plötzlich erwachte Feinfühligkeit überraschen. Das Schöffengericht erachtete den Angeklagten der Beleidigung für schuldig und verurtheilte denselben zu 30 M. Geldbuße event. 3 Tagen Haft. Der Gerichtshof hielt es für zweifellos, daß mit der „anrüchigen Korrespondenz“ die Staaten-Korrespondenz gemeint sein sollte und erachtete den Redakteur und Verleger zur Anstrengung einer Beleidigungsklage in demselben Maße für befugt, wie etwa den Inhaber einer beleidigten Firma oder eines Instituts.

„Keine Rosen ohne Dornen“, so konnte der Handelsmann Karl Friese, welcher sich gestern wegen Betruges auf der Anklagebank befand, seufzen. Karl Friese, welcher schon viermal vorbestraft ist, ist ein kleiner Kreditschwindler, der eine französische Firma mit einem gewissen Geschick hineingelegt hat. Er geht im Sommer mit einem Korb voll Blumen durch die Straßen, hat keine feste Wohnung, sondern wohnt als Aftermiether bei einem Kellerbewohner. Er hielt sich aber zu etwas Höherem geboren, machte sich selbst zu einem „Kunst- und Handelsgärtner“ und bestellte als solcher bei einer großen Gärtnerfirma in Cannes eine Sendung von Rosen. Die auswärtige Firma war sich nicht ganz klar darüber, ob Herr Karl Friese ohne Weiteres einen größeren Kredit verdiene, sie bat um Referenzen und ohne sich lange zu besinnen, gab der Angeklagte den Gärtner Lehmann in der Belleallianceestraße, den Hoflieferanten Thiel und den Hoflieferanten Bock als solche auf. Er hoffte, daß der Klang dieser Namen den Franzosen so imponiren würde, daß sie von weiteren Nachfragen abstehen würden und er hatte sich nicht darin getäuscht. Aus Cannes trafen hier für den Handelsgärtner Karl Friese mehrere Sendungen Rosen im Werthe von 400 Frcs. ein, welche der Angeklagte schleunigst für 180 M. versilberte und die Firma in Cannes das Nachsehen ließ. Dieselbe nahm die Hilfe der Staatsanwaltschaft in Anspruch und Herr Friese ist wegen dieses geglückten Schwindels gestern zu 6 Monaten Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust verurtheilt worden.

Des Vergehens gegen § 28 des Sozialistengesetzes angeklagt, stand am 17. d. M. der Tischler Berthold [illegible] vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte gab unumwunden zu, während der Wahlbewegung Wahlflugblätter „An die Wähler des 4. Wahlkreises“ auf öffentlichen Straßen und Plätzen vertheilt zu haben. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Heine, macht geltend, daß die Bestimmungen des Sozialistengesetzes über die Vertheilung von Druckschriften durch den § 43 der Gewerbeordnung, der von der Verbreitung von Drucksachen bei Wahlen zu gesetzgebenden Körperschaften spricht, aufgehoben seien. Das Landgericht II habe bereits in diesem Sinne erkannt. Er beantragte Freisprechung. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen nicht an, sondern verurtheilte den Angeklagten zu 25 M. Geldstrafe oder 5 Tagen Gefängniß und in die Kosten des Verfahrens, mit der Motivirung, daß der § 43 der Gewerbeordnung die Bestimmungen des Sozialistengesetzes nicht aufhebt, da letzteres erst in jüngster Zeit erneuert worden ist und folglich neuer ist, als die Gewerbeordnung. Revision gegen das Urtheil ist eingelegt.

Soziale Uebersicht.

In der Firma Siemens und Halske, Markgrafenstraße, sind gestern 25 Mann aus der Glühlichtabtheilung plötzlich entlassen worden. Unter diesen befinden sich verheirathete, die viele Jahre dort beschäftigt waren und ihre besten Kräfte dem Geschäft gewidmet hatten. Der Grund für diese Maßnahme besteht darin, daß weibliche Arbeitskräfte an Stelle der männlichen eingestellt werden. Und der Grund hierfür ist wieder in dem Unternehmergrundsatz zu finden, daß weibliche Arbeitskräfte billiger sind wie männliche.

An die Tischler Berlins. Kollegen! Die öffentliche Tischlerversammlung vom Montag, den 19. Mai d. J. beschloß die Sammlung für die auswärts streikenden Tischler Deutschlands wieder aufzunehmen. Es ist für uns Berliner Kollegen von Wichtigkeit, daß wir die auswärts streikenden Kollegen unterstützen, um ihnen zur baldigen Durchführung ihrer gestellten Forderungen zu verhelfen, um sie dadurch an den Ort, wo ihre Arbeitsstätte sich befindet, zu fesseln und nicht zu veranlassen, daß sie nach Berlin ziehen. Die meisten unverheiratheten Kollegen reisen von den Orten, wo gestreikt wird, fort, um dadurch die streikenden Kollegen zu entlasten, damit sie dem Unternehmerthum gegenüber länger ausharren können. Von den streikenden Tischlern sind die Breslauer besonders hervorzuheben; ihre Forderungen müssen unbedingt zur Durchführung gebracht werden. Es ist darum unser ganzes Augenmerk dorthin zu richten. Ferner ist der Zuzug fern zu halten an folgenden Orten:

Altenburg, Bielefeld, Breslau, Eilenburg, Flensburg, Görlitz, Grabow, Hameln, Hannover, Helmstedt, Hildesheim, Kiel, Gaarden, Lauenburg, Leipzig, Ludwigshafen, Mannheim, Minden, Spremberg, Weimar, Wolfenbüttel.

Kollegen, zeichnet recht fleißig auf die von der Fünfer-Kommission ausgegebenen Listen und liefert dieselben sobald als möglich an die Ausgeber wieder zurück. Denn was wir jetzt nach außerhalb senden, bekommen wir, wenn wir in einen Lohnkampf stehen, wieder mit Zinsen zurück. Listen sind bei folgenden Herren zu haben: G. Lobstädt, Oranienstr 171 3 Tr.; A. Müller, Oppelnerstr. 28; F. Monien, Kreuzbergstr. 9, Quergebäude 3 Tr.; F. Rüster, Lausitzerplatz 2, Hof 2 Tr.; A. Millarg, Lehrterstr. 22, 2 Tr. Da wir ebenfalls vor einer Lohnbewegung stehen und nachher auch auf Unterstützung von außen angewiesen sind, um unsere Forderungen voll und ganz zur Durchführung zu bringen, so ist es unbedingt nothwendig, daß wir recht rege die auswärts streikenden Kollegen materiell und moralisch unterstützen. J. A.: A. Millarg, Tischler, Lehrterstr. 22, 2 Tr.

Achtung, Metallarbeiter! Metallarbeiter aller Branchen! Hiermit zur Nachricht, daß die Statistik am 1. Juni geschlossen wird, und ersuchen alle Kollegen, welche noch keinen Fragebogen ausgefüllt haben, dieses jetzt noch zu thun, auch diejenigen, welche noch im Besitz von Fragebogen sind, gleichviel ob beschrieben oder unbeschrieben, bitten wir, dieselben bis Sonnabend, den 31. Mai, an nachfolgenden Adressen und Zahlstellen abzugeben. Kollegen! Kommt nun auch alle Eurer Pflicht pünktlich nach. Fragebogen sind zu haben und ausgefüllte abzuliefern bei: Hartmann, Reichenbergerstr. 73, vorn 4 Tr.; P. Litfin, Reichenbergerstraße 21, Hof 2 Tr.; A. Unger, Kesselstr. 20; O. [illegible], Ritterstr. 15 im Laden; G. Wolff, Reinickendorferstraße [illegible] 4 Tr.; B. Kurgast, Antonstr. 6; T. Hetz, Köpnickerstr. 151, vorn 4 Tr.; E. Mengeler, Skalitzerstr. 147a, vorn 4 Tr.; K. Nolack, Reichenbergerstraße 106a, vorn 3 Tr.; F. Hasselbach, Kottbuser Damm Nr. 36—37, vorn 4 Tr.; Zentral-Arbeitsnachweis Wallstr. [illegible]; Hense, Prinzenstraße, Ecke Gitschinerstraße; Hasel, Barutherstraße Nr. 6; Ohm, Rixdorf, Jägerstr. 24; Ott, Dieffenbachstr. [illegible]; Ziehmer, Cuvrystr. 16; Füllner, Kottbuser Damm, Ecke Skalitzerstraße; Wolf, Gerichtstraße; Gnadt, Brunnenstr. 38; [illegible], Brunnenstr. 40; Böhl, Rüdersdorferstr. 8; Haugk, Weinstr. 22; Jungnick, Bernauerstr. 103; Biek, Birkenstr. 21; [illegible], Heinrichsplatz; Herschleb, Adalbertstr. 4. Die Fachkommission des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins Berlins und Umgegend. J. A.: Paul Hetz.

Aufruf an sämmtliche Metallschleifer und verwandte Berufsgenossen. Laut Beschluß der öffentlichen Versammlung der Metallschleifer vom 20. d. M. ist der Streik bei der Firma Ludw. Löwe & Co. von Seiten der Schleifer für beendet erklärt worden, gezwungen durch den Indifferentismus einzelner Kollegen sowie eines Kleinmeisters, welcher die Arbeit außer dem Hause anfertigt. Nun, Kollegen, wohl selten haben wir gesehen, daß eine Branche in einer Fabrik (71 Mann) einmüthig ihre gefaßten Beschlüsse aufrecht hielt, unbekümmert um die Folgen, welche daraus entstehen mußten. Nun, Kollegen, es ist daher unsere Pflicht und Schuldigkeit, die Streikenden moralisch und materiell zu unterstützen, damit dieselben, da sie für die Allgemeinheit eingetreten sind, auch voll und ganz einsehen, daß die große Masse der Kollegen das zu würdigen weiß. Also nochmals Kollegen, tragt Euer Scherflein dazu bei, damit die gemaßregelten Schleifer des 1. Mai nicht mit Sorgen der Zukunft entgegen gehen, denn wißt, auch Ihr, die Ihr heute arbeitet, könnt morgen schon in die Lage kommen, arbeitslos zu sein, und auch Euch wird man dann über die dringendsten Sorgen hinweghelfen. Anfragen sind zu richten an Osc. Schwarz, Falkensteinstr. 9, I; Gelder

R. Niemetscheck, Stalitzerstr. 18. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Folgende aus Stettin datirte Schriftstücke, die für sich selbst sprechen, werden uns zur Veröffentlichung zugestellt:

Hochgeehrter Herr!

Das unterzeichnete Komitee der freien Vereine der Arbeitgeber legt Ihnen in dem anliegenden Zirkular einen Weg vor, durch welchen Sie sich ein für alle Male gegen Streiks Ihrer Gehilfen und Arbeiter schützen können.

Jeder gewissenhafte Geschäftsmann versichert seine Gebäude, Maschinen und Werkzeuge, Rohstoffe und Waaren gegen Feuersgefahr, und zahlt dafür hohe Prämien, und er würde sich strafbar machen, wenn er dies unterließe. Dennoch ist gegenwärtig die Gefahr, welche einem Geschäfte durch Feuersbrunst droht, viel geringer als die Gefahr, welche jedem Geschäfte gegenwärtig durch die zahlreichen und umfangreichen Streiks und durch die dadurch hervorgerufenen Lohnsteigerungen und Störungen und durch die Unsicherheit entstehen, ob man seine kontraktlichen Verpflichtungen rechtzeitig wird erfüllen können.

Jedenfalls wäre es ein unverzeihlicher Leichtsinn eines Geschäftsmannes, wollte er, sofern ihm ein sicherer Schutz gegen die Gefahr der Streiks geboten wird, nicht die Gelegenheit benutzen, sich gegen jeden Streik zu sichern.

Das unterzeichnete Komitee bietet Ihnen nun einen sichern Schutz gegen jeden Streik innerhalb Ihres Gewerbes für einen jährlichen Betrag von nur sechs Mark, wobei das Jahr vom ersten Tage des nächstfolgenden Monats bis zum ersten desselben Monats im folgenden Jahre gerechnet wird.

Wollen Sie auf dies Anerbieten eingehen, so zahlen Sie auf die anliegende Postanweisung 6 M. ein unter genauer und deutlicher Angabe Ihres Namens und ihrer Wohnung, sowie unter gemeigter Angabe über die Zahl der Arbeiter, welche Sie beschäftigen.

Sobald die Postanweisung an das Komitee eingeht, erhalten Sie portofrei:

1. eine Mitgliedskarte für den freien Verein der Arbeitgeber für das Zimmergewerbe,
2. das Statut dieses Vereins,
3. ein Formular zur Anmeldung, sofern Arbeiter im Laufe des Jahres bei Ihnen streiken sollten,
4. eine Anweisung zur Ausfertigung dieser Anmeldung.

Im Laufe des Jahres werden Ihnen dann mindestens noch sechs Mal, bei Bedarf aber öfter Berichte des Komitee's portofrei zugehen.

Etwaige Schreiben an das Komitee erbitten wir gleichfalls portofrei.

Das Komitee der freien Vereine der Arbeitgeber.
R. Graßmann.

Das Zirkular hat folgenden Wortlaut:

An die geehrten Arbeitgeber
für das Zimmergewerbe in den großen Städten Deutschlands und den deutschen Städten der Nachbarstaaten.

Die in neuester Zeit sich stets mehrenden Streiks und die infolge dessen sich stets steigernden Ansprüche und Anmaßungen der Arbeiter bieten für jeden Arbeitgeber eine Quelle zahlreicher Widerwärtigkeiten, stets wachsender Kosten und Beunruhigungen, welche für viele Geschäfte die größten Gefahren bereiten. Andrerseits bieten diese Streiks und die dadurch erzielten Lohnerhöhungen den Arbeitern keine Vortheile. Denn wenn alle Löhne in sämmtlichen Gewerben steigen, ohne daß mehr Waare von dem Arbeiter geliefert wird, so muß auch der Preis der Waare entsprechend steigen, und kann der Arbeiter für seinen höheren Lohn nicht mehr Waare erhalten, als er früher erhielt. Wohl aber sind diese Streiks für viele Arbeiter ein Unsegen, gewöhnen sie an Müßigang und lockern die Sitten, kurz sind für viele Arbeiter eine Quelle des Ruins.

Endlich sind diese Streiks, und die daraus entstehenden Arbeiterunruhen auch für den Staat und die ganze Kultur von nicht zu unterschätzender Gefahr, und ist es für den Staat, wie für alle Besitzenden, für jeden Arbeitgeber, wie für jeden fleißigen Arbeiter die Pflicht, diesem groben Unfuge der Streiks mit aller Kraft und Energie entgegenzutreten und ihm ein schnelles Ende zu bereiten.

Das unterzeichnete Komitee der freien Vereine der Arbeitgeber hält es für die erste und unerläßlichste Pflicht jedes Arbeitgebers, diesen groben Unfug der Streiks, der ihm schon jetzt durch Hunderte bis Tausende kostet, für die Gewerbe für die Zukunft unmöglich zu machen und er schlägt Ihnen einen Weg vor, der bereits in mehreren Gewerben mit glänzenden Erfolge angewandt wurde und sich bewährt hat, und der auch für Ihr Gewerbe einen sicheren Erfolg garantirt, wenn sich die Herren Arbeitgeber Ihres Gewerbes zu einem freien Vereine Ihres Gewerbes zusammenthun. Die Kosten betragen dafür nur 6 M. jährlich, ein Betrag, welcher den großen Vortheilen gegenüber, welche der Weg bietet, gar nicht in Betracht kommen kann.

Das unterzeichnete Komitee der freien Vereine der Arbeitgeber hat deshalb alle Arbeitgeber Ihres Gewerbes in den Städten von mindestens 20 000 Einwohnern in Deutschland und in den deutschen Städten der Nachbarstaaten aufgefordert, dem freien Vereine der Arbeitgeber für Ihr Gewerbe beizutreten.

Die gegenwärtigen Streiks haben allein dadurch eine Macht, daß die Arbeiter desselben Gewerbes in den großen Städten Deutschlands den an einem einzelnen Orte streikenden Arbeitern Ihres Gewerbes Unterstützungen senden, durch welche diese während des Streiks erhalten werden. Wollen die Herren Arbeitgeber dem entgegenwirken, so kann es nicht genügen, daß sich die Arbeitgeber eines Ortes vereinigen (zumal eine solche Vereinigung wegen der Konkurrenz und sonstigen Sonderinteressen an demselben Orte schwer zu erreichen ist und keine Aussicht auf lange Dauer bietet), sondern es müssen sich die Arbeitgeber desselben Gewerbes in allen großen Städten Deutschlands und in den deutschen Städten der Nachbarstaaten zu einem freien Vereine zusammenschließen; nur ein solcher Verein hat eine Macht.

Die Antwort auf den Streik an einem Orte wird dann der Gegenstreik der Arbeitgeber desselben Gewerbes in ganz Deutschland sein.

Das Mitglied des freien Vereines, bei dem die Arbeiter streiken bez. das Geschäft sperren, oder auch bei dem ein Arbeiter einen andern auffordert, gleichzeitig mit ihm zu kündigen, bez. das Geschäft zu verlassen, um höhern Lohn oder andere Vortheile zu erzielen, meldet den betreffenden Arbeiter bei dem Komitee auf einem vom Komitee bei dem Eintritte in den Verein zu übergebenden Formulare mit Eintragung der erforderlichen Angaben an, das Komitee trägt die streikenden Arbeiter in eine Sperrliste ein, sendet dieselbe an sämmtliche Mitglieder des freien Vereins der Arbeitgeber für das betreffende Gewerbe unter der Verpflichtung, diese Listen nur als Privatbrief, nur für ihren eigenen Gebrauch zu benutzen und sie keinem andern Arbeitgeber oder Arbeiter vorzulegen, da dies gesetzlich strafbar sein würde und alle Mitglieder des genannten Vereins verpflichten sich, so lange sie dem Vereine angehören, den in den Listen aufgeführten Arbeitern solange keine Arbeit zu geben, bis der Arbeiter wieder in der Liste gestrichen ist.

Jedem Arbeiter, der streikt, wird durch diesen Gegenstreik der Arbeitgeber die Arbeit so lange gesperrt, bis der Arbeiter den Umfang des Streiks endgiltig aufgiebt. Dem Arbeiter wird diese Sperrung vom Komitee durch seinen Arbeitgeber mitgetheilt, und ihm darin gesagt, wie er es anzufangen hat, um wieder Arbeit zu erlangen. Bittet er um Arbeit, so werden die Arbeitgeber des Ortes, in dem der Streik stattgefunden hat, befragt; befürwortet ein Arbeitgeber diese Bitte, während kein Mitglied des Ortes dagegen Widerspruch erhebt, so wird er in der Liste gestrichen. Erfolgt Widerspruch, so werden auf Wunsch des Arbeiters und gegen Erstattung der Porto-Ausgaben die sämmtlichen Mitglieder des Vereins von jenem Orte um ihre Abstimmung gebeten und erfolgt die Streichung in der Liste, sofern sich dann aus den eingehenden Antworten der Mitglieder des Vereins mehr als ein Drittel für die Streichung aussprechen.

Jedes Mitglied des freien Vereines Ihres Gewerbes erhält jährlich mindestens sechs Mal, nach Bedarf auch öfter, portofreie Berichte. Es ist dem Komitee der freien Vereine der Arbeitgeber gelungen, die erfahrensten und tüchtigsten Kräfte für die Interessen der Arbeitgeber zu gewinnen.

Der freie Verein wird demnach zunächst alle Streiks, welche ebenso die Interessen der Arbeitgeber, wie die der fleißigen und tüchtigen Arbeiter verletzen, unmöglich zu machen suchen; demnächst aber wird er auch untersuchen und nachweisen, wie die Interessen der deutschen Gewerbetreibenden und Arbeiter weiter gefördert und gehoben werden können. Die demnächstigen Berichte werden weitere Mittheilungen darüber bringen.

Das Komitee der freien Vereine der Arbeitgeber.
R. Graßmann.

Versammlungen.

Im großen Saale der Brauerei Tivoli fand am Sonnabend, den 17. Mai, eine öffentliche Versammlung sämmtlicher in preußischen Staatseisenbahn-Werkstätten und den unterstellten Betrieben Berlins und Umgegend beschäftigten Arbeiter statt, um Stellung zu nehmen, zu den am 1., 2. und 3. Pfingstfeiertage stattfindenden allgemeinen ersten Kongreß obiger Arbeiter. Es wurde, nachdem der Vorsitzende den Aufruf des Kollegen Kohlmann, betreffend die Beschickung des Kongresses durch Delegirte vorgelesen, die Betheiligung als unbedingt erforderlich empfohlen und von der Versammlung einstimmig angenommen. Nachdem noch ein Redner die Mißstände in den Königl. Eisenbahn-Werkstätten gründlich klargelegt und die Tagesordnung des einzuberufenden Kongresses wesentlich erläutert hatte, wurden noch zu der bereits festgesetzten Tagesordnung folgende Punkte aufgesetzt und angenommen: 1. Abschaffung der Akkordarbeit. 2. Abschaffung des Kolonnensystems. Alsdann wurde zur Delegirtenwahl geschritten. Gewählt sind für die Berliner Eisenbahn-Werkstätten 4 Delegirte. 1. Kollege Schüßler; 2. Kollege Röseler; 3. Kollege Levit; 4. Kollege Müller. Genannte Herren nahmen die Wahl unter der Versicherung an, daß sie nach gutem Gewissen und in jeder Beziehung die Interessen der Arbeiter vertreten wollen. — Die Versammlung war schwach besucht und ist der Grund hierfür wesentlich darin zu suchen, daß die Maschineninspektoren verschiedener Werkstätten bei Besuch der Versammlung mit Entlassung gedroht hatten.

Mit welcher Energie die Werkstättenvorstände das Zustandekommen dieses Kongresses überhaupt bekämpfen, dafür mag folgender Vorfall dienen. Der zu dem Kongreß gewählte Kollege Röseler wurde Grund dieses aus der Werkstatt der Königl. Ostbahn sofort und ohne Kündigung entlassen, trotzdem derselbe dem Maschinen-Inspektor gegenüber versicherte, nur die von den Arbeitern der Königl. Ostbahn-Werkstatt gestellte Forderungen zu vertreten.

Ein Antrag, das Bureau der Versammlung zu ersuchen, unter sich einen Kassirer zu wählen, welcher die freiwilligen Beiträge zur Deckung der Unkosten für diesen Kongreß an sich nimmt, fand sofort Erledigung, indem Kollege Röseler dazu gewählt wurde. — Da infolge der Delegirtenwahl zur Beschickung des Kongresses von dem Maschinen-Inspektor der Königlichen Ostbahn den Arbeitern ein Zirkular folgenden Inhalts zur Unterschrift vorgelegt wurde:

1. Die Arbeiter der Königlichen Ostbahn sind mit der Beschickung des Kongresses nicht einverstanden. 2. Die Sammlungen freiwilliger Beiträge sind unter Androhung der Entlassung verboten, — so sind alle Geldsendungen, auch anonyme, an unseren derzeitigen Kassirer Herrn Otto Röseler in Friedrichsberg, Friedrich-Karlstraße 18a sobald als möglich zu richten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. Die am Sonntag, den 18. Mai, Abends, tagende Versammlung der Gesellschaft im Lokal „Süd-Ost", Waldemarstr. 75, erfreute sich eines Besuchs von ca. 400 Personen, darunter in zahlreicher Vertretung die Frauen. — Den Vortrag des Abends über: „Volksernährung und Volkseinkommen" hielt der Reichstagsabgeordnete Wurm. Der Referent erörterte eingangs seines Vortrages zunächst den Begriff Volk." Hier zeigte sich nun, daß zu allen Zeiten, insbesondere bei dem alten Kulturvolke, den Römern, die Bezeichnung „Volk" gleichbedeutend war mit der großen arbeitenden, hungernden Klasse der „Pleds." Mit glänzenden Schauspielen wurde zu jenen Zeiten das darbende Volk über sein Elend hinweg getäuscht. Und wenn heute dichtende Philosophen, schwärmende Idealisten behaupten: „Die Zeiten haben sich geändert, wären bessere geworden", so sei dies weiter nichts wie ein leerer Wahn! Nicht die Poesie des Philosophen, nicht das Traumgebild des Idealisten, kann und darf uns als Beantwortung der Frage dienen: Wie lebt das Volk? sondern allein die Lehren der realen Wissenschaft; sie lernen uns in der ungeschminkten Wahrheit die Beantwortung der Frage verstehen: „Wie lebt das Volk?" In Beantwortung dieser Frage übergehend zu dem ersten Theil des Vortrages „Volksernährung" erläuterte der Referent in eingehender Weise zunächst die vier organischen Elemente als Zusammensetzung des menschlichen Körpers und welcher Prozentsatz wird von dem einzelnen Element gebraucht um leben zu können. Ein Wahngebilde ist es, wenn behauptet wird, die Ersetzung des Verbrauches des nothwendigsten Elements: Der Sauerstoff, die Luft, kostet dem Volke nichts. Die Wissenschaft giebt eine andere Antwort und zwar, wird uns das erforderliche Quantum Luft von pro Tag 85 000 Liter, erst enthaltend in einem Raum von 35 Kubikmeter pro Kopf, äußerst theuer, und ist für die arbeitende Bevölkerung überhaupt nicht zu haben. Man vergleiche nur einmal die wissenschaftlichen Zahlen mit dem wirklichen Rauminhalt unserer Wohn-, Schlaf- oder Arbeitsräume. Ein gleiches Fazit ergeben die nothwendigen Ergänzungen des Verbrauchs der anderen Elemente, welche allein durch eine gute Ernährungsweise des Körpers ergänzt werden können. Ein Haupterforderniß bei der Ernährung ist die Zuführung der erforderlichen Menge Eiweißstoffes, durch den Genuß von Fleisch, Hülsenfrüchte und Mehl. Doch diese in erster Reihe zur Volksernährung erforderlichen Nahrungsmittel sind bei der großen Masse des arbeitenden Volkes ein seltener Gast, zur Ergänzung dienen deshalb die sogenannten „Volksnahrungsmittel", als: Kartoffel, Gemüse und Früchte. Die Kartoffel hat man als Nahrungsmittel in diesem Falle ihren Beruf verfehlt, denn sie enthält nur 1 pCt. Eiweißstoff und das zu verzehrende Quantum davon würde bei Erzielung von nur 60 Gramm Eiweißstoff (100 Gramm sind zur Ernährung erforderlich) pro Tag 12 Pfund betragen. Eine Leistung betreffs der Verdauung, die wohl kein Mensch fertig bringt. Die Gemüse enthalten 2—3 pCt. Eiweißstoff und dienen hauptsächlich zu einer besseren Verdauung anderer Nahrungsmittel. Die Früchte, das Paradepferd der Vegetarier, haben als Nahrungsmittel noch weniger Werth wie die Kartoffel, sie enthalten z. B. im Apfel nur ½ pCt. Eiweißstoff und man müßte davon 24 Pfd. verzehren pro Tag, um leben zu können. Die Logik der Thatsachen, unterstützt durch die Forschungen der Wissenschaft, lehrt uns nun, daß die Volksernährung eine äußerst ungenügende ist, und die Statistik der Sterblichkeitsziffern erbringt in trockenem Zahlenmaterial den Beweis, daß es gerade die arbeitende Bevölkerung ist, welche am meisten darunter leidet. Doch hier fehlt leider den heutigen maßgebenden Gesellschaftsklassen das Interesse, eine Besserung zu schaffen. Nur einmal, bei der Ernährung des Soldatenstandes, zeigt sich jenes Interesse doch wohl nur deshalb, weil damit die Interessen jener Gesellschaftsklassen gewahrt bleiben. Im weiteren Verlauf seines Vortrages kam der Referent zu der Frage: „Was kostet die Volksernährung?" Auch für die Beantwortung dieser Frage können wir uns auf die Erforschungen der Wissenschaft stützen. So hat unter anderen Forschern Professor Freund den Satz aufgestellt, daß allein die Rohmaterialien für die Mittagsmahlzeit einer Person, als: 50 Gr. Fettstoffe, 150 Gr. Fleisch u. s. w. 38—40 Pfg. kosten, rechnet man hierzu den Preis der Zubereitung, so ergiebt sich die Summe von 65 Pfg. für die Mittagsmahlzeit einer Person als Mindestausgabe. Doch nicht allein nur die Wissenschaft, auch private Unternehmungen versuchen, ein Normalmaß für die Ansprüche der Volksernährung festzustellen. So hat unter anderen der Fabrikantenverein in Mainz durch seinen Sachverständigen Dr. Meinhardt einen Normalsatz aufstellen lassen. Dr. M. hat nun gefunden, daß die Ernährung der Menschen sich in drei Sätzen befriedigen lasse, und zwar sind unbedingt erforderlich: a) für 800 M., b) für 1200 M., c) für 1500 M. pro Jahr und einzelne Person; von dieser Summe sollen je 60 pCt. auf die Ernährungsweise verwendet werden. Diese Zahlen stimmen annähernd mit den Forderungen der Wissenschaft überein betreffs der Ernährungsweise. Jedoch dürften die verbleibenden 40 pCt. für andere Bedürfnisse des Menschen, besonders in den Großstädten, nicht reichen; da hier schon die Wohnungsmiethen einen sehr hohen Prozentsatz von den verbleibenden 40 pCt. beanspruchen. Doch auf anderem Boden, die Forderungen Wissenschaft direkt ignorirend, bewegen sich die Bestrebungen einer besonderen „Humanität". — Man versucht, durch Errichtungen von „Volks-Kaffehäusern", „Arbeiterkolonien", „Volksküchen", die Volksernährung zu befriedigen. Ja, eine Broschüre, „Häusliches Glück", empfiehlt nach einer salbungsvollen Einleitung die Bereitung einer Mittagsmahlzeit nach Rezept für je eine Person mit 10 Pf.; der besonderen Billigkeit wegen ist noch die Bereitung einer Mahlzeit für gleich 4 Personen empfohlen mit abwechselndem Tages-Küchenzettel, wobei dann „Schweinsknöchel", Wurstbrühe u. s. w. die Hauptbestandtheile der „guten" Volksernährung bilden. In dem Jahresbericht der „Berliner Volksküchen" von 1882 sagt Frau Lina Morgenstern: „Das Essen ist derartig kräftig zubereitet, daß unsere Gäste in der übergroßen Mehrzahl nur ½ Portion bedürfen." Beweis: Verkauf im Jahre 1882 240 000 ganze Portionen und Eine Million und einige Hunderttausend halbe Portionen. Die Untersuchungen der Wissenschaft haben nun ergeben, daß das Essen der Volksküchen statt der erforderlichen 100 Prozent, nur 35 Prozent Eiweißstoff enthält. Also: Nicht die kräftige Kost der Volksküche läßt eine Million Menschen, Arbeiter, im Jahre auf die ganzen Portionen verzichten, sondern tiefer liegende soziale Mißstände und Ursachen. Diese Ursachen erläuterte der Referent nun, übergehend zu dem zweiten Theil seines Vortrages: „Volkseinkommen" in eingehender Weise. Auf der Grundlage der Steuerstatistiken der deutschen Staaten entrollte der Referent ein überaus trauriges Bild über „Volkseinkommen", die trockenen Zahlen dieser Statistiken sagen und bekräftigen vieles, warum und weshalb die Volksernährung nicht einmal den billigen Forderungen der Wissenschaft entsprechen kann. Einige Beispiele: Sachsen 1882: 68 pCt. der Steuerzahler versteuern ein Einkommen von unter und bis 800 Mark im Jahre. Nehmen wir nun an, die Forderungen der Wissenschaft verlangen für Sachsen 1250 Mark pro Kopf und Jahr zur Volksernährung, so bleiben in Sachsen 80 pCt. unter dem Niveau der selbst von dem Fabrikantenverein in Mainz zugegebenen Forderung an die Volksernährung. Preußen 1875: 6½ Millionen ganz von Steuern befreit und 18½ Millionen Steuerzahler mit einem versteuerten Jahreseinkommen von 420 Mark. — — — Oede Wirklichkeit! Sie möge endlich die noch zur Zeit maßgebenden Staats-Gesellschaftsklassen zur Abhilfe mahnen, wodurch einzig und allein durch die Einführung einer der Gesammtheit dienenden Sozialreform, insbesondere durch Einführung des von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten „Arbeiterschutz-Gesetzes." Und so lange von jener Seite nichts geschieht, da ist es insbesondere die Pflicht der arbeitenden Bevölkerungsklassen, weiter wie bisher mit aller Energie für ein gutes Recht zu kämpfen! Mit einem diesbezüglichen Appell an die Anwesenden schloß der Referent seinen 1½stündigen Vortrag. Reicher, nicht endenwollender Beifall war der Dank der Versammlung. An der darauf stattfindenden äußerst regen Diskussion betheiligten sich die Herren Grundmann, Schleyner, Löschke, Frau Reißner und Andere. In seinem Schlußwort gab der Referent noch, angeregt durch die Diskussion, einen kleinen Ueberblick über Unternehmerprofit und Arbeitslohn als Beitrag zur Volksernährung. Auf der einen Seite 57 pCt. als ziemlich müheloser Gewinn, auf der anderen Seite nur 43 pCt. vom Werth des Arbeitsprodukts als Arbeits-Hungerlöhne. Schluß der Versammlung 11½ Uhr. Hierauf fand dann das übliche geselige Beisammensein statt. — Am 2. Pfingstfeiertag findet ein Ausflug mit Familie nach Stolpe an der Nordbahn statt. Abfahrt vom Stettiner Bahnhof 7 Uhr 23 Minuten Morgens. Für alle diejenigen, welche erst mit den Zügen 12 Uhr 35 Minuten, 1 Uhr 30 Minuten, 2 Uhr 30 Minuten und 4 Uhr 33 Minuten fahren, gilt als Rendezvous Restaurant Borgfeldt in Stolpe. Fahrpreis 4. Klasse 40 Pf. Zu diesem genußreichen Ausflug sind Gäste, Herren und Damen, bestens eingeladen.

Eine Versammlung sämmtlicher in der Wollbranche beschäftigten Arbeiterinnen tagte am Mittwoch Abend in Jordan's Lokal, Neue Grünstr. 28, um einen Vortrag des Stadtv. Heindorf über: „Die Stellung der Frau in der Industrie" zu hören und die Konstituirung eines Vereins der Wollarbeiterinnen zu vollziehen. Der Referent schilderte zunächst die Stellung der Frau in der Vergangenheit und wies darauf hin, daß man dem weiblichen Geschlecht von je her eine untergeordnete Rolle zugewiesen habe. Auch heute nehme die Frau im Gesellschaftsleben noch lange nicht den Platz ein, der ihr gebühre. Durch die ökonomische Entwickelung sei die Frau aus der Häuslichkeit, dem früheren Wirkungskreis herausgerissen und in den Dienst der Industrie gestellt worden, wo sie gezwungenermaßen die männliche Arbeitskraft verdrängen müsse. Die weibliche Arbeitskraft wurde allmälig ein bedeutender Faktor im Industriegetriebe und die Folge war, daß auch die Frauen das Koalitionsrecht für sich in Anspruch zu nehmen suchten und daß bei ihnen der Gedanke nach Gleichberechtigung mächtiger als jemals in den Vordergrund trat. Schon in den siebziger Jahren traten die Frauen mit diesem berechtigten Gedanken an die Oeffentlichkeit, es gelang ihnen auch, lebenskräftige Organisationen zu schaffen, welche aber später als „gefährlich" angesehen und durch Prozesse zerstört wurden. Doch mit dem Anschwellen der modernen Arbeiterbewegung ist auch bei den Arbeiterinnen das Streben nach Gleichberechtigung und Verbesserung ihrer Lage wieder lebendig geworden, die Frauen haben unsere wirthschaftlichen Verhältnisse erkannt und die Frucht dieser Erkenntniß sind die Vereinigungen der Arbeiterinnen. Auch unter den Frauen ist der Indifferentismus im Schwinden, sie haben begriffen, daß die Gesetzgebung berufen ist, bessere Zustände anzubahnen und auch ihnen Gerechtigkeit zu schaffen. Leider wird hierzu die Mehrheit der Gesetzgeber noch nicht geneigt sein, das beweisen uns die geplanten Gewerbe-Schiedsgerichte, welche die Frau von der Gleichberechtigung ausschließen wollen. Man wird sich aber auf die Dauer den Rufen der Arbeiterinnen nicht mehr verschließen können; Aufgabe derselben muß es sein, durch Aufklärung, Verbreitung einer guten Literatur und politischer Blätter, wie das „Berliner Volksblatt", die „Volkstribüne" 2c. den Ruf zu verstärken und die Masse der Frauen für diese Bestrebungen heranzubilden, sodaß endlich die Befreiung des Proletariats und damit auch die Befreiung der Frau aus ihrer untergeordneten Stellung stattfinden kann. (Stürmischer Beifall.) Zur Diskussion sprachen Herr Bringmann und Frau Leuschner, welche beide mit warmen Worten für die Gleichberechtigung der Frau im wirthschaftlichen und politischen Leben eintraten und die Anwesenden aufforderten, sich vollzählig der Organisation anzuschließen. Das vorliegende Statut wurde ohne Widerspruch angenommen. In den Vorstand des Vereins wurden gewählt: Frau Nicolay, als erste Vorsitzende; Frau Felder, als zweite; Fräulein Hille als Schriftführerin; Frau Schubert als Revisorin und Fräulein Hoffmann als Rendantin. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten wurde

noch der Antrag angenommen, den streikenden Textilarbeitern und -Arbeiterinnen Gera's den Ueberschuß der Tellersammlung zu überweisen.

Eine große öffentliche Versammlung sämmtlicher in der Musik-Instrumentenbranche beschäftigten Arbeiter tagte am Montag, den 19. d. M., in Lehmanns Salon, Schwedterstr. 23, unter Vorsitz des Kollegen Julius Mayer. Tagesordnung: Zweck und Ziele der Gewerkschaftsorganisation und welcher schließen wir uns an? Referent Stadtverordneter Zubeil. 2. Diskussion. Da der Referent nicht erschienen war, übernahm Kollege Sparfeld das Referat und wies die Nothwendigkeit der Organisation ausführlich nach. Das könnte am besten daraus ersehen werden, daß in den Werkstätten, in welchen die Kollegen noch keiner Organisation angehören, thatsächlich die schlechtesten Löhne gezahlt werden. Redner hebt hervor, daß der Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter und verwandten Berufsgenossen die geeignetste Organisation für die in der Musikinstrumentenbranche beschäftigten Arbeiter sei und fordert alle Anwesenden auf, soweit sie noch keiner Organisation angehören, sich demselben anzuschließen. Reicher Beifall wurde dem Redner zu Theil. Nach dem ersten Punkt trat eine Pause ein, während welcher sich 54 Kollegen in den Verein aufnehmen ließen. An der Diskussion betheiligten sich die Kollegen: Bloßies, Riediger, Blücher, R. Schmidt, Mayer und Thierbach und sprachen sich im Sinne des Referenten aus. In seinem Schlußwort macht Referent noch bekannt, daß im Norden eine Zahlstelle eröffnet ist bei Gnadt, Brunnenstr. 38 und regelmäßige Vereinsversammlungen in der Gegend stattfinden. Alsdann wird folgende Resolution angenommen: „Die heute in „Lehmanns Salon" tagende Versammlung sämmtlicher in der Musik-Instrumentenbranche beschäftigten Arbeiter erklären sich mit dem Referenten einverstanden und verpflichten sich, dem Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter und verwandten Berufsgenossen in Masse beizutreten und so zur Hebung der materiellen Lage beizutragen." Der Vorsitzende macht noch bekannt, daß die nächste Vereinsversammlung für den Norden am Sonnabend, den 31. Mai, stattfindet.

Eine allgemeine Schriftgießer-Versammlung war am Mittwoch Abend nach Deigmüller's Salon einberufen worden, um im letzten Augenblick das Verhalten am kommenden Tage zu bestimmen, da eine am vergangenen Montag tagende Versammlung beschlossen hatte, wenn bis dahin noch immer die Prinzipale sich weigern, mit der auf dem letzten Schriftgießerkongreß eingesetzten Zentralkommission zu verhandeln, am 22. Mai cr. einmüthig die Arbeit nieder zu legen. Der Saal war bis auf den letzten Platz dicht gefüllt. Den Vorsitz führte Herr Bergmann. Es ward nach längerer Diskussion für und wider schließlich mit überwältigender Mehrheit folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt: Nachdem die Prinzipale durch ihr unmotivirbares Verhalten jeden Versuch, den auf dem Delegirtentag neu ausgearbeiteten Normaltarif auf dem Wege der Unterhandlung einzuführen, fühlt sich die Versammlung veranlaßt, die Berliner Schriftgießerschaft aufzufordern, Donnerstag, den 22. Mai cr. die Arbeit niederzulegen. Als Streikkommission fungirt die Zentralkommission und sind sämmtliche Verhandlungen mit ihr zu führen."

Eine öffentliche Schneiderversammlung tagte am Montag, den 19. Mai, bei Beyer, Neue Grünstraße 14, mit der Tagesordnung: Die gemaßregelten Kollegen der Firma C. Lewy, Charlottenstraße 58. Die Arbeitsverhältnisse dieser Firma wurden ausführlich erklärt und man kam zu der Ueberzeugung, trotzdem Herr Lewy alles, sogar die Presse in Bewegung setzte, die Forderung seiner Arbeiter zu vereiteln, derartiges besonders zu kennzeichnen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die heutige öffentliche Schneiderversammlung erklärt sich mit den gemaßregelten Kollegen der Firma C. Lewy, Charlottenstraße 58, solidarisch und verpflichtet sich, dieselben materiell nach besten Kräften zu unterstützen; auch erblickt sie in dem Vorgehen dieser Firma den besten Beweis, die moderne privatkapitalistische Produktionsweise mit aller Kraft und Energie zu bekämpfen, und den Kollegen den Anschluß an die bestehenden Organisationen zu empfehlen, damit wir im Stande sind, vereint dem Unternehmerthum die Spitze zu bieten."

Die Bewegung unter den Plätterinnen zur Erringung besserer Lohnbedingungen, die vor etwa vier Wochen ihren ersten Anfang nahm und die Fabrikanten dazu brachte, sich zu vereinigen, um „die unberechtigten Forderungen der Arbeiterinnen zurückzurückzuweisen," hat Früchte getragen, die Seitens der Prinzipale gewiß nicht erwartet wurden, als sie jede Lohnaufbesserung verweigerten und den Ukas erließen, daß jede Arbeiterin, die zum Kampf gegen das Unternehmerthum einem Verein beitritt, entlassen wird. Es sind in Berlin etwa 2500 Frauen und 200 bis 300 Männer in der Wäschebranche beschäftigt. Fast alle von diesen gaben sich am Montag ein Stelldichein im Konzertsaale der Lips'schen Brauerei am Friedrichshain. Die Versammlung, die von Herrn Möhring geleitet wurde, war wahrhaft imposant: über 2500 Personen, fast alles Frauen, füllten den Saal. Herr Auerbach sprach über: „Die wirthschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen und das Koalitionsrecht". Wir leben, so sagte der Referent, in einer Zeit der Aufregung, der wirthschaftlichen Gefahren. Heut hat der Großkapitalismus die Macht an sich gerissen und Mann und Frau unter sein Joch gebeugt. Einmal unter diesem Joch, ist es nicht so leicht, dasselbe abzuschütteln. Diese Zeit ist noch fern. Es erscheint deshalb geboten, den Druck zu erleichtern. Das einzige Gut, das die Arbeiter haben, ist ihre Arbeitskraft. Haben sich die Unternehmer genug Paläste aus dem Ertrage dieser Arbeitskraft gebaut, dann kennen sie den Arbeiter nicht mehr. Haushälterisches Umgehen mit der Arbeitskraft ist die erste Pflicht des Arbeiters. Er muß eine Verkürzung der Arbeitszeit erstreben. Die wirthschaftliche Kraft des Arbeiters ist im Kampfe mit dem Unternehmer zu schwach. Der Staat muß im Wege der Gesetzgebung dem Schwachen helfen und den gesetzlich verkürzten Arbeitstag einführen. Redner legt eingehend den sozialdemokratischen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf klar und entwickelt das Programm des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris, zu gleicher Zeit den Gesetzentwurf der Regierung kritisirend. Gerade in der Wäschebranche ist eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Verbesserung der Löhne am nöthigsten. Die Arbeit sei aufreibend und gesundheitsgefährlich. Die Löhne seien zum Theil so niedrig, daß damit der Lebensunterhalt nicht zu bestreiten sei. Reformen seien nothwendig. Wollten die Arbeiter und Arbeiterinnen sich zusammenschließen, dann sei viel zu erreichen, denn es sei Mangel an guten Kräften. Die Drohung der Fabrikanten, organisirte Arbeiter zu entlassen, sei nichts als ein Schreckschuß. Sie können sich nicht an das Plättbrett stellen; sie können ohne Arbeiter trotz ihres Kapitals nichts verdienen. Redner erläutert in verständlicher Weise den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und unsere Endziele. Dieses Endziel ist zu erringen, sei ein thatkräftiger und gesunder Arbeiterstand von Nöthen. Es sei deshalb der erste Schritt: Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion wurden von Kollegen Möhring, Grasholz und Koopmann die spezielleren Zustände in der Wäschefabrikation vor Augen geführt und kritisirt. Eine größere Fabrik schließt mit ihren Lehrmädchen einen Vertrag ab, nach welchem letztere sich verpflichten müssen, 3 Jahre ununterbrochen in der Fabrik thätig zu sein, wenn sie nicht wollen, daß ihr eingezahltes Lehrgeld von 12 M. dem Fabrikanten verfällt. Gewöhnlich halten die Lehrmädchen den Dunst und Dampf in der Plättstube anfänglich nicht aus. Sie kommen am dritten Tag nicht wieder und ihre 12 M. haben sie verloren. Das sei moderne Leibeigenschaft. Die Arbeitszeit werde oft bis 10 Uhr ausgedehnt, oft auch noch zu Hause gearbeitet, um nur den nothwendigsten Lebensunterhalt zu verdienen. Mittagspause kennen die Plätterinnen fast gar nicht nicht. Wollen die Fabrikanten Ruhe und Frieden in den Fabriken, dann mögen sie durch eine Kommission behufs Aufbesserung der Arbeitsverhältnisse mit einer Kommission der Arbeiter verhandeln. Die Fabrikanten hätten dadurch keinen Nachtheil. Die Konsumenten würden die Mehrkosten tragen. Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: Die heutige imposante öffentliche Versammlung der Wäschearbeiter und Arbeiterinnen verpflichtet sich, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß sämmtliche jetzt bestehende Ausnahmebestimmungen für die Arbeiterinnen beseitigt, daß vor allen auf sanitärem Gebiete Verbesserungen eingeführt, unter anderem, daß gesunde Arbeits-, sowie Ankleideräume geschaffen werden. Ferner verpflichten sich die Anwesenden dahin zu wirken, daß von Gesetzeswegen für die Arbeiterinnen zur Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse auch weibliche Fabrikinspektoren angestellt werden, und die Kinderarbeit in allen Betrieben abgeschafft wird." „Die heute tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, sowie der einzelnen Redner einverstanden und verpflichten sich die Plätterinnen dem neu gegründeten „Verein der Plätterinnen Berlins", die Näherinnen dem „Allgemeinen Arbeiterinnen-Verein sämmtlicher Berufszweige" und die Zuschneider dem „Verein der Wäschezuschneider" beizutreten, um so geschlossen Mitglieder der modernen Arbeiterbewegung zu werden."

Man verpflichtete sich noch, die Kaufleute in ihrem Bestreben zur Erringung der Sonntagsruhe zu unterstützen und überwies den Ueberschuß der Tellersammlung dem Verein der Plätterinnen. Dann schloß die von gutem Geist getragene Versammlung mit einem Hoch auf die Bewegung.

Der Fachverein der Berliner Stukkateure hielt am Montag, den 19. Mai in Zemter's Lokal seine regelmäßige Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Abrechnung des Vergnügungskomitees. 2. Neuwahl der Kommissionen. 3. Vorlesung des Kollegen Brachvogel. 4. Verschiedenes. Nach der Protokollverlesung werden 13 Kollegen als Mitglieder aufgenommen. Nunmehr erfolgt die Abrechnung durch Kollegen Marker vom Maskenball. Die Einnahme beträgt 137,60 M., der eine Ausgabe von 94,40 M. gegenübersteht. Das zweite Vergnügen ergiebt eine Einnahme von 36 M., Ausgabe 39,55 M. Bevor zur Wahl der Arbeitsnachweis-Kommission geschritten wird, berichtet Kollege Brachvogel über die Thätigkeit derselben. Bei 31 Prinzipalen haben 70 Gehilfen Arbeit erhalten, und fordert die Kollegen zur regen Betheiligung auf. Die Wahl der Kommission fiel auf die Kollegen Brachvogel, Schmittchen und Kruse. Vor der Wahl des Vergnügungskomitees wird ein Antrag verlesen, welcher dahin lautet, das ständige Komitee aufzuheben und nur im Bedürfnißfalle ein solches zu wählen. Derselbe wurde abgelehnt. Es sind mithin folgende Kollegen gewählt: Schuchart, Prechelt, Hoffmann, R. Schulz und Frentsche. Die Wahl der Untersuchungskommission fiel auf die Kollegen W. Leue, Montag und Großmann. Der dritte Punkt wird der vorgerückten Zeit wegen zurückgestellt. Der Vorsitzende Kollege Scherbing verliest nunmehr einen Brief aus Hamburg, welcher hauptsächlich an die Solidarität erinnert, und Absender namentlich vor Zuzug warnt. Ein zweiter Brief ist von den Formern und verwandten Berufsgenossen. Herr Rohland, Former, erstattet der Versammlung Bericht über die Lage derselben, und wird vom Kollegen Braune der Antrag gestellt, 75 M. Unterstützung zu bewilligen. Der Antrag wurde angenommen.

Kollege Jänicke fordert die Vertrauensleute auf, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung einzuberufen behufs Stellungnahme zur Streik-Kontrollkommission.

Kollege Braum empfiehlt den Mitgliedern, sich doch recht rege an unseren Agitationsfonds zu betheiligen, da derselbe von wesentlicher Bedeutung ist. Nach einigen unwesentlichen Debatten wird die Versammlung um 11¼ Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Mitgliederversammlung des Vereins zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins und Umgegend, abgehalten am 18. Mai, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72, mit der folgenden Tagesordnung: 1. Neuwahl der Rechtsschutzkommission. 2. Festsetzung der Wanderunterstützung. 3. Beschlußfassung über Errichtung von Zahlstellen ev. Wahl der Hilfskassirer. 4. Verschiedene Vereinsangelegenheiten. Im ersten Punkt der Tagesordnung machten die Herren Stägemann und Thieme noch einige Mittheilungen über die Thätigkeit, den Werth und Nutzen des Rechtsschutzes. Es wurden neu gewählt als Kommissionsmitglieder die Herren Glas und Krause. Im zweiten Punkt „Festsetzung der Wanderunterstützung" wurde ein Antrag angenommen, welcher dahin zielt, daß für die organisirten Kollegen an Wanderunterstützung freies Nachtlager und 1,50 M. in Baar ausgezahlt wird, für nicht organisirte freies Nachtlager und 50 Pf. Im dritten Punkte, Errichtung von Zahlstellen, wurden Zahlstellen ernannt im Norden, Osten, Westen, Moabit und Wedding für Berlin; für die Umgegend Rixdorf und Steglitz. Als Hilfskassirer wurden gewählt die Herren Larson, Dornbusch, Weidle, Zahrt und Graf, für Rixdorf Herr Wolff. Im vierten Punkt wurde ein von Herrn Pierow gestellter Antrag angenommen in dem Sinne, daß die Mitgliederversammlung für jeden Monat die Höhe der Krankenunterstützung beschließen möge und für diesen Monat pro Woche 2 M. zu bewilligen. Nach Erledigung dieses Punktes wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Steindrucker, Lithographen und Berufsgenossen fand am 19. Mai im Böhmischen Brauhause statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Lithographen Schmidt über: „Unsere Stellung zur Arbeiterfrage in der Gegenwart und Zukunft." 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Referent wendet sich kräftig gegen die Branchenorganisation sowie gegen Ausschüsse. Aehnlich äußern sich noch die Kollegen Gent, Schöpke und A. Schulz in der Diskussion, besonders der Letztere erklärt sich noch gegen die Arbeiterausschüsse, da die Mitglieder derselben selten lebenslänglich im Geschäft verbleiben und gegen das von den Chefs beliebte Vorgehen gegen die Merkantildruckereien, weil hierdurch möglicherweise noch eine neue Branche-organisation entsteht. Da Kapital und Industrie international sind, kann auch nur eine Organisation im Großen durch Verschmelzung geschaffen werden. Egoismus und Dünkel müssen verschwinden, wenn etwas Praktisches für die Interessen der Gesammtheit entstehen soll. Unter „Verschiedenes" beklagt Kollege Wisch, Lithograph, den Eigendünkel der Fachgenossen, welcher einzelne Naturen geradezu sklavisch beherrscht. Er weist darauf hin, daß solche Ladenjünglings-Künstler schon für 12 Mark die Woche zu haben sind und sogar dadurch Familienväter gezwungen sind, unter ähnlichen Verhältnissen zu arbeiten. Nach einer Pause von zehn Minuten stellt Kollege Gent den Antrag: Die Feste der demnächst stattfindenden 10. deutschen Bundesschießerei nicht zu besuchen. Die Geschichte kostet uns 40 000 M., welche nach seiner Meinung besser zur Aufhebung der Miethssteuer Verwendung gefunden hätten.

Herr Körsten (Former) erwähnt die Freudens- und Leidensgeschichte des 1. Mai. Die Former haben fest gestanden, von ca. 2000 Kollegen haben 26 oder 27 gearbeitet, daher ist der Haß der Fabrikpaschas um so größer. 146 Firmen haben die Aussperrung bis zum 31. Mai verlängert. Selbst am Rhein und in Süddeutschland giebt's keine Arbeit. Redner ist der Ueberzeugung, daß Niemand an die Lokal-Anzeiger-Ente glaubt, wonach die Former 26 000 Mark aus England erhielten, und und bittet um Unterstützung welche ihm vom Vorsitzenden unsererseits zugesagt wird.

Kollege Sillier macht bekannt, daß die nächste Fachvereinsversammlung erst am 29. Mai stattfindet.

Nachdem noch der Vorsitzende aufgefordert für die Idee der Arbeitervereinigung weiter zu wirken, wird die Versammlung 11½ Uhr geschlossen.

Der Allgemeine Metallarbeiter-Verein Berlins und Umgegend hielt am Dienstag, den 20. Mai cr., in der Volksbrauerei, Alt-Moabit, eine Versammlung ab. Dieselbe war nur schwach besucht und zwar, wie viele Kollegen versicherten, auf Grund einer Verwechselung mit der für denselben Abend geplanten Versammlung im Neustädter Volksgarten, welche nicht stattfinden konnte und infolge dessen durch die Zeitung abgesagt worden war. In Anbetracht dessen sah die Versammlung von der Anhörung des Vortrages ab und schritt zur Wahl eines Bevollmächtigten, eines Kassirers und eines Schriftführers für Moabit und Charlottenburg. Es gingen aus derselben in obenstehender Reihenfolge die Kollegen Schiesel, Riese und Cigorsky hervor. Zu Verschiedenem ermahnten die Kollegen Unger und Klein die Kollegen von Moabit und Charlottenburg zu regem Anschluß an den Verein und zu eifriger Agitation für unsere Sache, damit die nächste in diesem Stadttheil stattfindende Versammlung sich eines bessern Besuches erfreuen möge.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe Berlins und Umgegend hielt am 16. Mai seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung beim Kollegen Gründel, Dresdenerstraße 116, ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Wie stellen sich die Mitglieder zu einer Sterbe- oder Unterstützungskasse. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung betheiligten sich an der Debatte hierüber die Kollegen Henke, Gnadt, Haugk und wurde nach längerem Für und Wider eine Berathungskommission gewählt, welche diesbezügliches zu ordnen hat. In die Kommission wurden folgende Kollegen gewählt: Henke, Gnadt, Luhm, Haugk und Hoffmann. Zum 2. Punkt wurden folgende Kollegen aufgenommen: C. Witscho, Kl. Hamburgerstraße Nr. 27; E. Stegmann, Köslinerstr. 21; G. Schulze, Reinsbergerstraße 51, und A. Biesenthal, Wienerstraße 21. Zum 3. Punkt Vereinsangelegenheiten sprachen sich verschiedene Kollegen über § 100 in Betreff der Innungswirthe aus. Gleichfalls wurde noch von den Kollegen Nürnberg und Henke aufmerksam gemacht, doch den Versammlungsbeschluß vom 25. April aufrecht zu erhalten. Zum 4. Punkt Verschiedenes wurde vom Kollegen Spindler darauf hingewiesen, daß doch sämmtliche Mitglieder die Vereinsliste in ihrem Lokal sichtbar aushängen sollen. Die nächste Versammlung findet am 20. Juni beim Kollegen Henke, Blumenstraße 38, statt.

Die Freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen tagte am Dienstag, den 20. Mai, bei Seefeldt, Grenadierstraße 33. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt Vortrag des Herrn B. Wille über die Kommunistengemeinde „Ikaria". Sein ¾stündiger Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Der 2. Punkt war der Bericht über die Lohnbewegung. Es ist nur noch die Werkstatt des Herrn Kunstheim, welche sich im Unklaren befindet. Kollege Edert ist gewillt, diesen Zustand zu beendigen, indem er dem Herrn Fabrikanten nochmals alles auseinandersetzen wird. Wir können mit Stolz auf unsere Vereinigung sehen. Bei Herrn Krüger ist bewilligt worden neunstündige Arbeitszeit 10 pCt. Aufschlag, sowie Sonnabends eine halbe Stunde früher Feierabend. Bei Herrn Anton neunstündige Arbeitszeit, 5 pCt. Lohn- und Akkordaufschlag und Abschaffung des Dampfgeldes.

Unter Verschiedenem kamen die Strafgelder zur Sprache. Es wurde vom Vorstandstisch aus darauf hingewiesen, daß andere Kassenregelung eintreten würde, auch daß es nothwendig wird, unsere seit vier Jahren bestehenden Statuten umzuändern. Weiter wurden die Mitglieder gebeten, sich über das Lehrlingsunwesen in unserer Branche zu informiren und Mittel und Wege zu finden, dem abzuhelfen. Es finden einige Fabrikanten für praktisch, ihre Lehrlinge immer noch 10 Stunden arbeiten zu lassen und dann noch viel von denselben anzustellen. — Allen Mitgliedern die Anzeige, daß unsere Versammlungen von jetzt stets um 8 Uhr angesetzt werden und präzise 8½ Uhr eröffnet werden.

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung der Central-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer u. s. w., genannt „Grundstein zur Einigkeit", am Freitag, den 23. Mai, Abends 8½ Uhr, in Orschel's Salon, Sebastianstr. 39.

Achtung! Schloßbrauerei Schöneberg. Sonntag, den 25. Mai, (1. Pfingstfeiertag): Großes Früh-Konzert zum Besten erkrankter Mitglieder des Unterstützungsvereins der Maurer des Westens Berlins.

Großes Früh-Konzert des Arbeiter-Gesangvereins „Hoffnung" zu **Friedrichsberg** am Montag, den 26. Mai (2. Pfingstfeiertag), im Konzertpark Viktoria (früher Ostendpark), Frankfurter Allee 72—73. Großes Vokal- und Instrumental-Konzert unter Leitung des Herrn Musikdirektors C. Thomas und des Dirigenten des Arbeiter-Gesangvereins „Hoffnung", Herrn H. [illegible]. Im Saale: Großer Früh-Tanz. Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 5 Uhr an geöffnet. Für gutes Weißbier ist gesorgt. Anfang des Konzerts 6 Uhr. Billets mit Programm à 20 Pf. Billets sind zu haben im Restaurant Böhl. Das Komitee.

Achtung! Leseklubs! Am 2. Pfingstfeiertage Familien-Ausflug des Leseklubs „Natur" nach Hohen-Neuendorf. Treffpunkt 12 Uhr Stettiner Bahnhof. Die Mitglieder aller Leseklubs sind herzlich eingeladen.

Zither-Verein „Alpenveilchen", Dirigent M. Sturm. Abends 9 Uhr Uebungsabend im Anhaltiner, Tempelhofer Ufer. Gäste willkommen.

Freireligiöse Gemeinde, Rosenthalerstr. 38. Am 1. Pfingstfeiertage Vormittags 10 Uhr, hält Herr Dr. Bruno Wille den Festvortrag, am 2. Feiertage Herr Dr. Völkel. Gäste sind sehr willkommen.

Gesangverein „Freya" Großes Früh-Konzert. Montag, den 26. Mai (2. Pfingstfeiertag), im Lokale des Herrn Lehmann, Schwedterstr. 23. [illegible] Kaffeeküche ist von 5 Uhr an geöffnet. Entree 30 Pf. Anfang 6 Uhr. [illegible] sind bei folgenden Herren zu haben: Brückner, Lothringerstr. 67; [illegible] Weinbergsweg 1; Hasenclever, Brunnenstr. 122; Gnadt, Brunnenstr. 38; [illegible]berg, Anklamerstr. 45; Schulz, Gartenstr. 70; Beyer, Gr. Hamburgerstr. [illegible]; Hoffmann, Straußbergerstr. 26.

Achtung Metallarbeiter! Kollegen! Die am 7. Mai in der öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung in der Brauerei Friedrichshain gewählte Kommission zur Entgegennahme freiwilliger Beiträge zur Beschickung des [illegible] Metallarbeiter-Kongresses zu Weimar macht hierdurch nochmals bekannt, daß zu diesem Zweck Bons à 10 Pf. bei den Unterzeichneten zu haben sind und auch sonstige freiwillige Beiträge von denselben entgegengenommen werden. Kollegen! wir hoffen, daß Ihr zahlreich Gebrauch davon machen werdet. [illegible] Oeh, Köpnickerstr. 150, vorn 4 Tr.; Richard Beyer, Grüner Weg 121, rechts 4 Tr.; Franz Hasselbach, Kottbuserdamm 36—37, vorn 4 Tr.

Fachverein der in Buchbindereien und verw. Betrieben beschäftigten Arbeiter. Den Kollegen hierdurch zur Nachricht, daß die beiden nächsten Vereinsversammlungen den 24. und den 31. ausfallen. Die [illegible] ist an beiden Sonnabenden im Arbeitsnachweis, Dresdenerstr. 116, entgegen zu nehmen. Vom 7. Juni finden die Versammlungen regelmäßig jeden Sonnabend im Luisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16, statt.

Große öffentliche Versammlung sämmtlicher Arbeiter Berlins und Umgegend. Heute Freitag, den 23. Mai, Abends 8 Uhr, in Joels Salon, Andreasstr. 21. Tagesordnung: 1. Noch einmal die Streiks und inwieweit sind die Arbeiter verpflichtet, dieselben zur Durchführung zu bringen. Referent Herr Emil Schade. Diskussion. 2. Verschiedenes. Es werden hierdurch die Arbeiter Berlins ersucht, in dieser Versammlung sich zahlreich einzufinden.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine am Freitag. Kaiser [illegible] Männergesangverein Abends 9 Uhr im Restaurant Lamm, Schönhauser Allee 28. — Gesangverein „Pausbeutel" Abends 9 Uhr im Restaurant [illegible] Alexandrinenstr. 15. — „Liedertafel der Maler und verwandter Berufsgenossen" Abends 9 Uhr im Restaurant Meine, Brandenburgstr. 60. — Buchbinder-[illegible] Männerchor Abends 8½ Uhr bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 76. — Gesangverein „Flöter'sches Doppelquartett" Abends 9 Uhr im Restaurant Muschold, [illegible]bergerstr. 81. — Gesangverein „Fortschritt" Abends 9 Uhr im Restaurant Blumenstr. 40. — Gesangverein „Echo 1872" Abends 9 Uhr Oranienstraße [illegible] Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Gesangverein „Ossian" Abends 9 Uhr, Dresdenerstr. 86 bei Gustavus. — Happert'sche Sänger-Vereinigung „Harmonie" Abends 9 Uhr bei Rieß, Weberstr. 17. — Gesangverein „[illegible]hain" Abends 9 Uhr Adalbertstr. 21. — Liedertafel des Fachvereins der [illegible]träger Berlins Abends 9 Uhr Große Hamburgerstr. 4 Uebungsstunde. — Gesangverein „Ohnesorge" Abends 9 Uhr, Restaurant Meyer, Alte Jakobstr. [illegible] — Gesangverein „Widerhall" Abends 9 Uhr bei Herrn Gotze, Köpnickerstr. [illegible] — Gesangverein „Lorbeerkranz" 8½ Uhr Restaurant Weinstr. 11. — [illegible] Gesangverein „Nord" Uebungsstunde Abends 8½ Uhr im Restaurant Brunnenstr. 38. Stimmbegabte auch passive Mitglieder werden aufgenommen. — Gesangverein „Collegia" Abends von 9—11 Uhr bei Schuster, Oranienstr. [illegible] — Voigt'scher Dilettanten-Orchesterverein, Uebungsstunde von 8½—11 Abends im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16, 1 Tr. — [illegible] Turngenossenschaft (6. Männerabtheilung) Abends 8½ Uhr in der [illegible] Turnhalle, Wasserthorstr. 31. — Turnverein „Hasenhaide" (Männerabtheilung) Ab. 9 Uhr Dieffenbachstr. 60—61. — Turnverein „Froh u. Frei" (Männer[illegible]) Abends 8½ Uhr Bergstraße 69. — Wissenschaftlicher Verein für [illegible] Stenographie Abends 8½ Uhr im Restaurant Liethen, Dorotheenstr. 31. [illegible]richt und Uebungsstunde. — Allgemeiner Arends'scher Stenographenverein Abtheilung „Vorwärts". Abends 8½ Uhr im Restaurant Koll, Mariannenplatz 11. — Arends'scher Stenographenverein „Apollobund" Abends 9 Uhr [illegible] Restaurant Seydelstr. 30. — Verein ehemaliger Dr. Doebbelin'scher Schüler Abends 9 Uhr im Restaur. Krebs, Friedrichstr. 108. — Zitherverein „Alpenveilchen" Abends 8½ Uhr im Restaurant „Wahlstatt" Belle-Alliancestr. 89. — Rauchklub „[illegible]" Abends 9 Uhr im Hohenzollerngarten Steglitzerstr. 27. — Rauchklub „[illegible]blatt" Abends 8½ Uhr im Restaurant Skalitzerstr. 147a. — Rauchklub „[illegible] Zwang" Abends 8½ Uhr im Restaurant W. Späth Weinstr. 28. — Verein ehemaliger Schüler der 27. Gemeindeschule Abends 9 Uhr im Restaurant [illegible] Steglitzerstr. 14. — Lese- und Diskutirklub Herwegh Abends 9 Uhr im Lokale des Herrn Otto Linke, Forsterstr. 46. Gäste, Herren und Damen, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. — Sozialdemokratischer Lese- und Diskutirklub Lassalle Abends 8½ Uhr Eisenbahnstr. 14 bei Ziemer. Gäste durch Mitglieder können eingeführt werden. — Sozialdemokratischer Lese- und Diskutirklub Vorwärts Abends 8½ Uhr in Poland's Lokal, Naunynstr. 33. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. — Männerchor der „[illegible] Mechaniker" Abends 9 Uhr im Restaurant Krüger, Franzstr. 8. — [illegible] ehemaliger Schüler der 28. Gemeindeschule Abends 8½ Uhr Königstädter [illegible] Holzmarktstr. 72. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. — „Karl Marx" Abends von 9—11 Uhr bei Schönfeld, Mariendorferstr. [illegible] — „Musterzeichner-Verband Deutschlands" Abends 8½ Uhr. Zum [illegible] Landsbergerstr. 72.

Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Badine in Berlin SW., Beuthstraße 2.